Nr. 27. Berlin, Sonntag, den 1. Februar 1852.

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Rthlr. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Rthlr. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 3 Rthlr. — Für ganz Deutschland: 3 Rthlr. 18 Sgr. — Die einzelne № wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 27. Berlin, Sonntag, den 1. Februar 1852.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5. und die bekannten Spediteure.

Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den bisherigen Kammergerichts-Rath Dr. Mollard zum Geheimen Revisions-Rath und Mitgliede des Revisions-Collegiums für Landes-Cultur-Sachen hierselbst zu ernennen;

Dem Haupt-Cassen-Cassirer Gerst zu Aachen, und dem Ober-Buchhalter Hermann ebendaselbst, den Charakter als Rechnungsrath; so wie

Dem Steuer-Einnehmer Lichtschlag zu Elberfeld, den Titel als Rechnungsrath zu verleihen.

Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten.

Die Rittergutsbesitzer von Kleist-Tychow auf Wendisch-Tychow und Nathusius auf Königsborn bei Magdeburg sind zu ordentlichen Mitgliedern des Landes-Oekonomie-Collegiums ernannt worden.

Indem wir so die grundbesitzende Aristokratie

der alten Provinzen in den Vordergrund stellen, oder genauer ausgedrückt, nicht in den Hintergrund stellen lassen wollen, ist es natürlich nicht unsere Absicht, den Preußischen Patriotismus unseres hohen Adels oder der gesammten Aristokratie unserer neu erworbenen Provinzen irgendwie in Zweifel zu ziehen. Wie hoch wir aber auch diesen Patriotismus der Aristokratie unserer neuen Provinzen veranschlagen, und wie weit wir daher davon entfernt sind, diese Aristokratie von der Vertretung in der Ersten Kammer ausschließen zu wollen: wir haben das eigene Zeugniß dieser Herren, daß die Geschichte Preußens nicht die ihrige ist, und daß nicht wenige der Großthaten, welche ein Preußisches Herz erwärmen und erheben, von ihnen als Niederlagen empfunden werden. Wie ganz anders die Aristokratie der alten Provinzen: ihre Geschichte ist der unseres Königshauses auf eine Weise einverleibt, die man eine untrennbare nennen muß. Sie hat seit Jahrhunderten Preußen mit Staatsmännern und Feldherren versehen, ihre Söhne haben zu Tausenden die Preußischen Schlachten geschlagen, und der Geist hingebender Vaterlandsliebe, den sie in ihren Häusern groß gezogen, ist derselbe Geist, der die siegreichen Preußischen Heere beseelt. Mit einem Worte: die Aristokratie der alten Provinzen ist für die Könige Preußens dasselbe, was die Normännischen Barone für Wilhelm den Eroberer waren, und wie wir immer wieder darauf zurückkommen müssen, daß die alten Provinzen überhaupt der rechte Angelpunkt der Preußischen Politik sind, so dürfen wir auch hier nicht verschweigen, daß der Schwerpunkt auch der Aristokratie Preußens in eben jenen alten Provinzen liegt, unbeschadet natürlich der Rechte und Interessen der neu erworbenen Landestheile. Ist dem aber so, wie es denn unwiderleglich ist, so erscheint es nicht als genügend, wenn man unsere Bedenken damit zu beseitigen sucht, daß auch bei unbedingter Ausübung des Ernennungsrechts Seitens der Krone, die grundbesitzende Aristokratie (wir verstehen hierunter, wie die Verhältnisse jetzt liegen, allen rittermäßigen Besitz, gleichviel ob derselbe zur Zeit in adligen oder bürgerlichen Händen ist) der alten Provinzen hoffentlich und voraussichtlich den Hauptbestandtheil der Ersten Kammer bilden würde, da diese Voraussetzung doch auch einmal nicht zutreffen könnte, und die conservativen Interessen Preußens heute mehr als je eine unzweideutige Anerkennung und wo möglich eine besondere Garantie des Rechts gebieterisch erheischen, um so mehr als der Wortlaut des Maetzke-Hefftersche̱n Antrags die Verleihung eines erblichen Vertretungs-Rechtes nur an eine bestimmte Kategorie unter besonderen Familien-Häuptern verfaßter Familien, sonst aber nur eine allen gesunden Grundsätzen über Bildung einer Ersten Kammer am schärfsten und directesten widersprechende lebenslängliche Ernennung gestattet.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Schluß der Sitzung vom 31. Januar 1852.

(Berichtigung. In dem gestrigen Berichte über den ersten Theil dieser Sitzung muß es in den Worten des Abg. von Gerlach, statt „von einem öffentlichen feindlichen Acte", — der Rede Sr. M. des Königs vor dem Verfassungs-Eide, — heißen: „feierlichen.")

Debatte über den Antrag des Abg. v. Gaffron auf Abänderung des Art. 78 der Verfassung durch Streichung der Bestimmung: „Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer."

Abg. v. Gaffron als Antragsteller. Die Sympathieen für die Verfassung sind keineswegs im Lande so verbreitet, als man glaubt, und manche Aenderungen werden für nothwendig gehalten. Noch dürfte für längere Zeit eine Ausschließung der Beamten von der Kammer nicht zweckmäßig sein. Die Bestimmung des § 78 der Verfassung ist nicht mit der Stellung der Regierung im constitutionellen Staate im Einklang. Die Executive kann nur dann eine starke sein, wenn sie mit ihren Organen ein Ganzes bildet. Durch lange Abwesenheit der Beamten vom Amt muß aber der Verwaltung großer Nachtheil entstehen, und es ist wesentlich, daß es von dem Ermessen der Regierung abhängt, ob und wie lange Beamte von ihrem Amt entfernt bleiben können. Es kann der Regierung nicht zugemuthet werden, in ihrem Schooße selbst eine Opposition zu dulden. Möge jeder Beamte vor der Annahme einer Wahl sich prüfen, ob es sein Gewissen erlaubt, mit der Regierung übereinzustimmen, und anderfalls die Wahl ablehnen. Wir haben die Fälle erlebt, daß die höchsten Beamten gerade in die strengste Opposition getreten sind. Es wird Männer genug geben, die, ohne auf ihre Stellung Rücksicht nehmen zu müssen, Opposition machen können, man braucht nicht die dazu zu ermuntern, die bestimmt sind, die Regierung zu unterstützen und zu stärken. Ich selbst bin Staatsbeamter, aber ich halte es nicht unter meiner Würde, als Abgeordneter um Urlaub bei meiner vorgesetzten Behörde einzukommen. Das finde ich ganz in der Ordnung. Allerdings aber habe ich mir auch vorher die Frage vorgelegt, ob ich nach meinem Gewissen mit meiner Pflicht als Beamter nicht in Conflict kommen würde.

Abg. Camphausen. Ich hätte dem Herrn Vorredner gern in die Entwickelung seiner Gründe für den Antrag folgen wollen, habe aber zu meinem Erstaunen gefunden, daß er gar keinen solchen angeführt hat. Die hier erläuterten beschränken sich allein darauf, daß überhaupt der Eintritt der Beamten in die Kammern nicht gestattet sein sollte, und auch ich bin der Meinung, daß dies gut wäre. Mehrere Redner haben bereits die Angriffe auf die Verfassung überhaupt besprochen, wodurch die jetzige Sitzung sich auszuzeichnen scheint, und ich werde daher für jetzt nicht auf dieses Thema eingehen. Es ist hier denen, die nicht ministeriell gesinnt sind, der Vorwurf einer systematischen Opposition gemacht worden, das heißt aber, uns den Patriotismus absprechen (Bravo der Linken). Wir wollen nur, daß die Verfassung nicht bloß in der Gesetzsammlung lebe, daß das Volk verfassungsmäßig sich bewege und regiert werde. Wie gering die Befugnisse auch sein mögen, die den Mitgliedern belassen sind, diese müssen sie wenigstens in Freiheit genießen, und nur das freie Gewissen darf auf ihre Entscheidungen von Einfluß sein. Ich kann in dem jetzigen Antrag keine Verbesserung erkennen, denn seine Annahme würde nur dazu dienen, die gute Meinung von der Selbstständigkeit der Kammern im Volke zu zerstören. Es ist gänzlich unvermeidlich, daß die mit Urlaub Eintretenden als unfrei betrachtet werden, selbst wenn sie es nicht sind. Eine solche Abhängigkeit von Urlaubsertheilung wäre nicht nur den Kammern, sondern den Beamten selbst schädlich und müßte ihren Ruf herabdrücken. Das hieße die Art an das Ansehen des Beamtenstandes legen, man würde es als eine ruhmlose Pflicht der Beamten betrachten, in der Kammer Phalanx bilden zu müssen für die Regierung. Ein wesentlicher Theil der Macht des Preußischen Staats hat grade in seinem Beamtenstand gelegen, der auf der höchsten Stufe der Intelligenz von allen in Europa stand. Die Pflicht jedes Preußen ist es, diesen Schatz zu hüten und zu heben. Der Antrag ist aber nicht der Weg dazu. Diensttreue und Ueberzeugungstreue können sehr gut nebeneinander bestehen. Und sollte ein solches Ausscheiden der nicht Beurlaubten stattfinden, würden die Zurückbleibenden sich da nicht selbst unbehaglich fühlen müssen? Die Annahme des Antrags würde die Verfassung mit sich selbst in Widerspruch setzen und den Artikeln 64 und 68 entgegentreten, worin jede Beschränkung des Wahlrechts untersagt ist. Ich muß es überlassen, in wie fern die Eile, mit der man an die Aenderung der Verfassung geht, es zuläßt, von diesen Bemerkungen Notiz zu nehmen.

Abg. Brüggemann (zur thatsächlichen Berichtigung.) Ich habe nicht von systematischer Opposition gesprochen.

Abg. Graf Itzenplitz. Der Antrag hat hier lebhaften Widerspruch erfahren. Es handelt sich hier allerdings darum, zarte Fragen zu berühren, aber ich glaube, daß es gerade ein Verdienst des Antragstellers genannt werden muß, Fragen zur Sprache gebracht zu haben, deren Lösung schwierig ist. Es ist hier nicht die Rede, die Beamten aus der Kammer zu entfernen. Es fragt sich nur, ist es richtig, daß jeder Beamte seinen Posten verlassen kann, ohne daß sein Chef darum gefragt wird? Dies glaube ich nicht, es müßte denn eine Voraussetzung stattfinden, die ich selbst unsern Gegnern nicht suppeniren will, die Voraussetzung, daß der Dienst in den Kammern der Dienst des Volkes wäre, und solcher Dienst höher stände als der Dienst des Königs, also von diesem befreite. Es fragt sich, ist es Recht, daß der Beamte in der Kammer sitzt, der durchgängig den Gang der Regierung mißbilligt? Es ist billig, daß der so lange aus der Kammer bleibt, als er sich nicht mit seiner Regierung in Uebereinstimmung finden kann. Der Mensch und der Beamte können unmöglich so genau geschieden werden. Wenn der Beamte das Recht haben soll, seiner Regierung zu opponiren, dann müßte auch die Regierung das Recht haben, den Beamten ohne Weiteres abzusetzen. Schon bei der Versammlung von 1847 waren viele Beamte mit Urlaub in dieser, und ich glaube nicht, daß diese gegen ihre Ueberzeugung stimmten. Gerade die Erfahrung, daß Beamte in und außer der Kammer in jener Zeit die Führer der Opposition waren, hat den Glauben des Volks an den Beamtenstand erschüttert, und ich glaube, daß man demselben den besten Dienst erweist, indem man ihn zur guten alten Preußischen Ordnung, dem Gehorsam, anhält. Jeder Engländer würde über solche eminente unpraktische Anforderung lachen, daß der Beamte beliebig sein Amt verlassen könne. Die Kammer wird dem Beamtenstand, der öffentlichen Meinung und dem Lande durch die Annahme des Antrags einen Dienst erweisen. Patriotisch und anerkennenswerth dürfte es sein, daß wir gerade die Ansichten, mit denen wir damals unterlagen, auch jetzt noch verfechten, die Entscheidung Gott anheimstellend. (Bravo.)

Abg. Graf Helldorf. Ich kann nicht ganz diesen Meinungen beistimmen. Bei solchen Fragen muß man prüfen, ob sie wirkliche Verbesserungen sind, oder eine Materie, die bei einer andern Gelegenheit besser zu behandeln wäre. Hier würde die Beseitigung des einen Uebelstandes nur den andern hervorrufen. Ich glaube nicht, daß die Annahme des Antrages zum Ansehen des Beamtenstandes beitragen würde, und stimme dafür, ihn für jetzt fallen zu lassen.

Abg v. Zander. Von zwei Uebeln muß man stets das geringere wählen. Deswegen schließe ich mich dem Commissions-Antrage an.

Abg. Baumstark. Diese Debatte scheint zugleich eine über die Mitglieder dieses Hauses, die zur Opposition gehören. Wir auf unserer Seite erklären es nicht nur für ein Recht, sondern für eine sittliche Pflicht, Opposition zu machen. Es ist eine Ehrenfrage für den Staatsbeamten, ob er bei einer Annahme des Antrages dann überhaupt noch ein Mandat würde annehmen können.

Abg. v. Bethmann-Hollweg. Die Gründe, die für den Antrag hier vorgebracht wurden, überzeugen mich nicht, und ich halte die Gegengründe für überwiegend. Aus einer Annahme besorge ich große Gefahr für das Beamtenthum. Die Frage, um die es sich hier handelt, ist ausschließlich Deutsch, ja Preußisch, und darf in keine Verbindung mit Englischen Verhältnissen gebracht werden, denn England hat kein Beamtenthum. Wir Alle scheinen darüber einig, daß die Beamten zur Zeit noch nicht in der Kammer entbehrlich. Es ist der Satz aufgestellt worden, daß Beamte gar nicht in die Kammer gehörten, und in der That findet ja eben darum eine Landesvertretung statt, damit die Regierung das Land, nicht sich selbst hier höre. Nichts desto weniger steht bei uns der Beamte großentheils aber außer seinem Beamtenthum in verschiedenen anderen Stellungen zum Lande, er kann Grundbesitzer sein, Vermögen haben u. s. w., und ist alsdann schon durch seine Stellung am besten geeignet und befähigt, Zeugniß abzugeben, wie die Gesetze im Lande empfunden werden. Also auch in Zukunft werden die Beamten in der Kammer nicht zu entbehren sein. Ich läugne aber, daß dieser doppelte Beruf dienstlicher und moralischer Pflichten gegen den Staat nicht zu vereinigen sei. Freilich muß ich dabei Kategorieen unter den Beamten unterscheiden. Es giebt Beamtenstellungen, welche allerdings unvereinbar sind mit einer Opposition in der Kammer gegen die Regierung. Dahin gehört zuerst die der Herren Minister selbst. Auch die Organe gehören dazu, welche sie vor allem zu Mitwissern, Theilnehmern und ersten Stützen ihrer Regierung machen. Ausgeschlossen von solcher Beschränkung ist die Justiz, die in ihrem richterlichen Charakter eine vollkommene Selbstständigkeit bewahrt. (Bravo verschiedner betheil. Mitgl.) Dagegen gehören dazu die höheren Stellungen der Verwaltung, die Gesandten und Vorstände einer ganzen Provinz. Ich lasse dahin gestellt, ob nicht auch die Ministerialräthe, weil dieselben unmittelbar von den Ministern ihre Entscheidungen empfangen. Dagegen ist eine Kammerthätigkeit durchaus vereinbar mit der Stellung eines Rathes im Collegium und auch mit der Stellung eines Landraths. (Der Redner giebt eine Erläuterung derselben.) Ich behaupte die Vereinbarkeit oppositioneller Stellung mit der beschränktern Stellung der Beamten, selbst einer systematischen und principiellen Opposition, nur muß natürlich jede persönliche Feindseligkeit ausgeschlossen bleiben. In principiellen Meinungen kann Jeder von dem gegenwärtigen System abweichen (Bravo der Fraction), ich kann darin aber noch keine Abweichung von den dienstlichen Pflichten erkennen. Man hat hier gesagt, Opposition sei das Lebensprincip des constitutionellen Systems. Auch ich erkenne sie als ein solches. In England z. B. würde an dem Tage, wo es keine Opposition mehr gäbe, es auch keine Freiheit mehr geben. Ich traue dem Deutschen Volke so viel moralische Kraft zu, diese zwei Sphären der Pflichten vereinigen zu können. Frankreich ist freilich daran zu Grunde gegangen, aber das Französische Beamtenthum hatte auch nicht diese moralische Kraft. Um nun auf die Urlaubsfrage zurückzukommen, so halte ich die angeführte Nothwendigkeit für das Wohl des Dienstes entschieden unrichtig. Ich habe in diesen drei Jahren, daß doch Beamte ohne Urlaub in der Kammer sitzen, noch nie gehört, daß der öffentliche Dienst dadurch gelitten. (Oh!) Und ich glaube, daß der beste Beweis dafür ist, wenn die Regierung selbst begünstigt, daß hochgestellte Beamte sich von ihren Stellen entfernen, um in der Kammer zu sitzen. (Mißbilligender Zuruf von der Rechten.) Ich meine allerdings bestimmte Fälle. Wenn der Ober-Präsident einer Provinz von seiner, wie es heißt, so wichtigen und schweren Stelle, — ich halte sie allerdings für leicht — die er eben angetreten hat, sich für lange Zeit entfernen kann, wenn, ein zweites Beispiel, ein wichtiger Gesandtschaftsposten verlassen werden darf, um in der Kammer zu stimmen, dann glaube ich doch, daß dies den Beweis giebt. (Von der Linken: Sehr gut!) In der beantragten Beschränkung liegt eine Quelle der Lüge für die ganze Verfassung. Es würde unter dem Vorwande, daß der Dienst darunter leide, einzelnen Beamten der Urlaub verweigert werden, während politische Gründe obwalten. Eine zweite Unwahrheit ist, daß eine solche Beschränkung wider den Begriff der Landesvertretung ist. Es ist gut, daß in der Vertretung die Meinung des Landes in der rechten Weise zu Tage komme, und eben durch solche Doppellüge ist das constitutionelle Princip in Frankreich zu Grunde gegangen. Es hat zu meinem Bedauern die Regierung sich für den Antrag erklärt, also das ganze Gewicht ihres Votums in die Waagschale geworfen. Ich muß aber die „Rechte Seite" des Hauses bitten, zu bedenken, daß es auch ein loyales Nein giebt, und daran erinnern, — damit Niemand erschrickt! — daß die vorliegende keine Cabinetsfrage ist!

Abg. Graf Itzenplitz (zur thatsächl. Berichtigung): Ich habe nicht gesagt, die Opposition sei nachtheilig. Es ist ferner behauptet worden, daß die Rechte immer mit dem Ministerium stimme. Ich muß darin erinnern, daß die Thätigkeit der Rechten 2 Jahre lang hauptsächlich darin bestand, die Gesetze zu verwerfen, die die Regierung gegeben.

Abg. v. Bethmann-Hollweg. Auch ich habe lange Zeit zur Rechten gehört und weiß daher, daß nicht Alle gegen die Regierung gestimmt. Von dem Herrn Abg. Graf Itzenplitz weiß ich dies bei der Gemeindeordnung.

Abg. Graf Itzenplitz. Es ist bekannt, daß ich gegen sehr viele der Bestimmungen derselben gestimmt habe.

Minister des Innern. Der vorliegende Antrag hat die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch genommen, ganz besonders deswegen, weil es sich um die Stellung des Beamtenstandes handelt. Wodurch ist Preußen das geworden was es ist? Durch seine Könige, seine geordnete Verwaltung und seine Armee. Der Preußische Beamtenstand war an strengen Gehorsam gewöhnt. Im ganzen Lande weiß es Niemand anders, als daß die Beamten ihr Amt nicht ohne Urlaub verlassen dürfen, sei es zu öffentlichen oder Privatzwecken. Wie kommt es also, daß Beamte in die Kammer treten sollen nach ihrem Belieben ohne jeden Urlaub? (Sehr — — anständiger Lärmen von der Linken.) Dies kann dem bestehenden Rechtsbewußtsein im Volke nimmermehr entsprechen. Allerdings wäre die Streichung jenes Artikels der Verfassung keine Consequenz des constitutionellen Systems und nach diesem der Artikel beizubehalten. Ob das aber zum Wohl des Staates, zur Kräftigung der Verwaltung gehört, ist eine andere Frage. Man hat allerdings die Erfahrung gemacht, daß es nicht ohne Nachtheil ist, wenn Beamte halbe Jahre lang Theilnehmer der Kammer sind und ihre Posten verlassen, Beamte, denen die Verwaltung der Regierungen, Kreise und Gemeinden anvertraut ist. Ich bin fest überzeugt davon, nicht bloß seit ich die Ehre habe die Stellung eines Ministers einzunehmen, sondern schon aus der Zeit, wo ich die Wirkungen dieses Systems mehr von der Peripherie der Verwaltung aus beobachten konnte. Mein Glaube ist allerdings, daß es ein vollkommenerer Zustand der Volksvertretung wäre, wenn weniger Beamte-Mitglieder der Kammer wären. Gegenwärtig müssen wir aber damit noch regieren. Wie unsere Farben einfach Schwarz und Weiß sind, so muß auch der Beruf der Beamten einfach der sein, seine ganzen Kräfte dem Amte zu widmen, das er übernommen; das Volk hat ein Recht darauf. Halbjährige Stellvertretungen können unmöglich von Nutzen sein. Das dürfte der Wahrheit am nächsten sein, daß eine Verfassungs-Urkunde keine Grundsätze aussprechen will, welche dem öffentlichen Rechtsbewußtsein entgegen stehen. Daß dies aber mit dem vorliegenden Artikel der Fall, ist auf Seite 6 des Commissionsberichts deutlich dargethan, und ich schließe mich aus diesen Gründen dem Antrage der Commission an.

Der Antrag des Abg. Frhr. v. Fircks auf Schluß wird unterstützt und angenommen. (Als Redner gegen den Antrag waren noch angemeldet: Freiherr v. Vincke, v. Forstner und Hansemann.)

Es liegen zwei Anträge auf namentliche Abstimmung vor. Das Resultat derselben ist: der Commissionsantrag auf Streichung des Artikels 78 der Verfassung ist mit 75 gegen 57 Stimmen verworfen.

(Für den Antrag stimmen: v. Wedell (Bromberg), v. Westphalen, v. Zander Behrendt (Trier), Graf Bernstorf, v. Brandt, v. Buddenbrock, Graf Burghauß, Costenoble, di Dio, Graf Dohna, v. Engelmann, v. Fircks, v. Gerlach, v. d. Goltz, v. Hertefeld, Prinz Hohenlohe, Graf Itzenplitz, Dr. Klee, v. Kleist, v. d. Knesebeck, Graf Königsmark, Koppe, Küpfer, v. Küstner, v. Ladenberg, v. Le Coq, Meier, v. Obstfelder, v. d. Osten, v. Palleske, v. Plötz, v. Prittwitz, v. Raumer, Graf Schaffgotsch, Graf Schlieffen, v. Schmackowski, Schmückert, Graf Schweinitz, Seeger, Graf Solms, Stünzner, v. Thielmann, v. Trotha, du Vignau, v. Voigts-Rheetz.

Gegen den Antrag: De Weerth, Günther, Baumstark, von der Becke, Behrendt (Monjoie), von Bethmann, von Bockum-Dolffs, Brüggemann, von dem Busche-Münch, Camphausen, Carl, Cequi, Degenkolb, Denzin, Graf Dönhoff (Wehlau), Eichhorn, von Enckevort, von Frantzius, Graf Fürstenberg, Goltdammer, Hansemann, Dr. Heffter, Heitmann, Graf Helldorf, Jacobi, von Katte, von Kendell, Kisker, Knoblauch, Kolbe, Kühne, Lette, Lympius, Mätzke, Magnus, Matthis, von Merckel, von Metternich, von Prittwitz-Oels, von Raumer (Düsseldorf), von Rönne, von Rosenstiel, Striethorst, Ulrich, Frh. v. Vincke.

Der Abstimmung enthalten sich: Graf Rittberg, Bode, von Duesberg, Jägert, Humbert.)

Es folgt Nr. 3 des Commissionsberichts über den Antrag des Abg. von Plötz auf sechsjährige Legislatur-Periode der Zweiten Kammer und zweijährige Zusammenberufung der Kammern. — Der Antragsteller

Abg. v. Plötz. Indem ich das Wort ergreife zur Unterstützung des von mir gestellten Antrages auf Abänderung der Verfassungs-Urkunde, verhehle ich mir nicht das Ungünstige meiner Lage. Die Commission hat sich gegen diesen meinen Antrag erklärt, ich habe daher im Hinblicke auf die so eben stattgefundene Abstimmung auch meinerseits wenig Aussicht auf einen günstigen Erfolg. Dennoch halte ich es für meine Pflicht, bei demselben zu beharren und ihn zu rechtfertigen. Derselbe beabsichtigt, den Art. 76 dahin zu fassen: „Die Kammern werden durch den König regelmäßig mindestens alle zwei Jahre einberufen." Sie Alle, m. H., wissen und kennen es aus eigener Erfahrung, wie schwere Opfer den Abgeordneten dadurch auferlegt werden, daß sie den alljährlich wiederkehrenden regelmäßigen Versammlungen der Landesvertretung beizuwohnen haben; ein großer Theil von Ihnen hat in patriotischer Opferwilligkeit dem heimischen Berufe sich entzogen, um sich der Landesvertretung widmen zu können. Doch jedes Opfer hat seine Grenzen, sehr Viele werden es künftig nur alsdann bringen und ihre Kräfte nur alsdann den Kammern widmen können, wenn die regelmäßige Berufung der Kammern nicht alljährlich erfolgt. Ein gleicher Uebelstand ist darin zu erkennen, daß eine längere alljährliche Entfernung der in die Kammern gewählten Vertreter aus ihrem amtlichen Wirkungskreise nicht ohne die wesentlichste Benachtheiligung ihrer eigentlichen Berufsgeschäfte ermöglicht werden kann. Auch hier wird für die Zukunft ein Correctiv gefunden werden müssen, um das Ausscheiden einer großen Anzahl der einsichtigsten und einflußreichsten Mitglieder aus dem Beamtenstande zu verhindern. Ich bitte dabei übrigens wohl zu beachten, daß dieser Antrag nur die Nothwendigkeit einer solchen regelmäßigen alljährlichen Berufung der Kammern ausschließt, keineswegs aber die Möglichkeit derselben, wenn das Landesbedürfniß solche nöthig machen sollte. Man hat zur Widerlegung des Antrags angeführt, daß nach der gegenwärtigen Lage unserer noch unvollendeten organischen Gesetzgebung die alljährliche Zusammenberufung der Kammern gar nicht entbehrt werden könne, um die desfallsigen Lücken endlich auszufüllen. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob ein solches Bedürfniß gegenwärtig wirklich noch vorliegt, es würde dies allerdings der Fall sein, wenn die Kammern in ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit so fortführen, wie dies leider großentheils bisher der Fall war, und dadurch wieder in die Lage kämen, die Gesetze, die sie in dem einen Jahre berathen und festgestellt haben, im nächsten wiederum aufzuheben; ich hoffe aber, daß diese Art von Geschäftsthätigkeit sich nicht wiederholen wird. Man hat ferner gemeint, es werde eine sehr nachtheilige Verzögerung dringender legislatorischer Arbeiten entstehen, wenn die Berufung der Kammern nicht alljährlich erfolge, darauf ist zu erwiedern, daß es für die Gesetzgebung stets von großem Nutzen ist, wenn sie nicht übereilt wird; wir wären gegenwärtig gewiß nicht in der Nothwendigkeit, die Gemeinde-Ordnung vom J. 1850 wieder aufzuheben, wenn dieselbe erst im J. 1851 zur Beschlußfassung gediehen wäre. Endlich darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Zeit der höchsten Regierungs-Organe durch eine alljährliche regelmäßige Berufung der Kammern auf eine solche Weise in Anspruch genommen wird, daß es ihnen neben der Erledigung ihrer laufenden Verwaltungsgeschäfte nicht möglich ist, umfassende Gesetzesvorlagen für die Berathung in den Kammern ausreichend vorbereiten zu können. Eine jede Anforderung an Menschenkraft hat ihre Grenze und das ist die Grenze der Möglichkeit, über dieselbe hinaus wird sie zur Ungerechtigkeit. Diese Erwägung hat neben den im Commissionsberichte ausführlicher hervorgehobenen Gründen es mir zur Pflicht gemacht, den vorliegenden Antrag zu stellen; indem ich Ihnen denselben zur Annahme empfehle, glaube ich wiederholt darauf aufmerksam machen zu müssen, daß durch dessen Annahme die Möglichkeit einer alljährlichen Berufung der Kammern keinesweges ausgeschlossen ist; allerdings wird dadurch in das Ermessen der Staatsregierung gestellt, ob eine zweijährige oder alljährliche Berufung dem jedesmaligen Landesbedürfnisse entspreche. Ich gebe zu, daß ein principielles Mißtrauen gegen die Staatsregierung Bedenken tragen mag, dieses Ermessen in die Hand der Regierung zu legen, allein ein solches Mißtrauen darf nicht vorwalten und ist durch nichts gerechtfertigt; ohne Vertrauen wird überhaupt jede gedeihliche Entwickelung des Staats-Organismus unmöglich. Durch die Annahme oder Ablehnung des auf den Art. 76 bezüglichen Abänderungs-Antrages wird den übrigen hiermit in unmittelbarer Verbindung stehenden Anträgen präjudicirt, und behalte ich mir im Falle der Annahme des Ersteren die weitere Rechtfertigung der übrigen vor.

Der Commissionsantrag auf Ablehnung wird angenommen.

Zu Nr. 4 Antrag des Abg. Dr. von Zander auf Abänderung des Artikels 62 der Verfassung (Streichung der Bestimmung, daß die Staatshaushalts-Etats von der Ersten Kammer im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden) sind Anträge eingegangen, die Berathung zu verschieben:

1) Bis zur Debatte über die Anträge 61 von Dr. von Zander und 64 von Graf von Alvensleben;

2) bis zur Debatte über den Antrag Dr. Heffter.

Der zweite Antrag ist von den Abgg. Graf Fürstenberg und Matthis eingebracht, welcher Letztere auch namentliche Abstimmung beantragt.

Die erste Vertagung wird mit 64 gegen 60 Stimmen angenommen, die zweite mit 72 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag den 3. Februar.

Zweite Kammer.

Schluß der Sitzung vom 30. Januar 1852.

Debatte über den Antrag des Abg. Beseler gegen die Stellung Preußens zum Bundestag.

Im Verlauf der Debatte erhält das Wort der

Abg. Graf v. Arnim-Boitzenburg. Meine Herren! Obgleich die Debatte schon weit vorgeschritten ist, so ist es doch unvermeidlich, wenn man bei einer so wichtigen Frage, wie die gegenwärtige, das Wort ergreift, auf die Rechtsfrage, die in ihr liegt, zurückzukommen. Ich befinde mich heute in der eigenthümlichen Lage, vielleicht in manchen, der Reihe der Rechtsdeduction angehörigen Punkten von der Ansicht abzuweichen, die in der Commission von denjenigen Personen ausgesprochen ist, die übrigens in politischen Dingen mit mir eine und dieselbe Ansicht haben, und sie auch hier gemeinsam mit mir vertreten. Das hindert aber nicht, daß ich sowohl gegen die Consequenzen des Beseler'schen Antrags in dem Sinne, wie ich ihn gestellt glaube und als gestellt anzunehmen berechtigt bin, mich erkläre, wie auch nicht, daß ich die Consequenzen, welche, wie ich annehme, dem Antrage der Commission vorgeschwebt haben, theile. Erlauben Sie mir, dieses näher zu erläutern. Es ergiebt sich nämlich nach dem ersten Punkte der von der Commission vorgeschlagenen Tages-Ordnung, wie ein Theil der Mitglieder derselben der Ansicht ist, daß nie und nimmer eine Unterbrechung des Bundes-Vertrages in seiner factischen Wirksamkeit stattgefunden habe. Dieser Ansicht kann ich persönlich nicht beitreten. Ich glaube, es gab einen Augenblick, in dem der Bundes-Vertrag wirkungslos war. Es war dies der Zeitpunkt, in dem mit Unterstützung mehrerer Männer, welche auf dieser Seite (nach der Linken zeigend) des Hauses sitzen, ein Regiment an die Stelle des Bundestages getreten war, unter welchem Preußens gesetzliche, formelle, rechtliche Einwirkung auf die Beschlüsse in Bezug auf Deutschland, welche eben von dieser Seite her mehr als praktisch richtig ins Auge gefaßt wird, auf Null reducirt war. (Sehr wahr.) Damals allerdings waren, nach meiner Meinung, die Wirksamkeit des Bundesvertrages, die Pflichten Preußens für Deutschland insoweit aufgehoben, als sie eben auf diesem Bundesvertrage beruhten; und was damals Preußen für Deutschland that, that es aus freiem Willen als Deutsche Macht. Deshalb würde, wenn ich die Fassung des ersten Punktes der Commissionstagesordnung zu entwerfen gehabt hätte, ich sie etwas anders gefaßt haben. Das „Niemals" in derselben ist mir bedenklich, und nur indem ich mit allen übrigen Punkten einverstanden bin, vermag ich über diese Ungenauigkeit des Ausdrucks hinwegzusehen. Dieser meiner Auffassung stehen zwei Ansichten gegenüber. Die eine ist die der Regierung; die andere ist diejenige, welche, wie ich glaube, von dieser Seite (nach der Linken zeigend) vertreten und verfochten wird. In der Ansicht der Regierung liegt eine gewisse Consequenz, welche ich in ihren einzelnen Perioden aus meinem vorhin angedeuteten Standpunkte nicht immer gebilligt habe. Die Regierung hat nämlich stets an der Ansicht festgehalten: der Bund bestehe. Wir finden diese in allen öffentlichen Urkunden, so weit sie mir bekannt geworden sind, ausgesprochen. Sie hat aber daneben erklärt: die Bundesverfassung bestehe nach Aufhebung des Bundestages im Jahre 1848 entweder nur zum Theil, oder sie ruhe gänzlich; indem nämlich die Bundesversammlung als solche, als Organ des Bundes, nicht bestehe, sei eben die Bundesverfassung in einzelnen Theilen nicht ausführbar und an diese Preußen daher nicht gebunden. Sie hat diese Ansicht festgehalten in der ganzen langen Periode, in welcher wiederholte Versuche gemacht wurden, etwas Neues an die Stelle des Bundestages zu setzen, und zu neuen Einrichtungen der Art hat auch die Regierung, wie bekannt, wenn sie auch nur provisorische waren, das Einverständniß der Kammern eingeholt. Ich erinnere an das Interim u. s. w. Mag ich auch — so zu sagen, doctrinair über diese Ansicht denken, wie ich will, ich erkenne, daß praktisch dies heute hier nicht von Belang sein kann. Ich schlage meine persönliche Rechtsdeduction in dieser Beziehung nicht so hoch an, um sie als Maaßstab für die Regierung geltend zu machen. Aber Sie, meine Herren, von jener Seite, der der Beselersche Antrag angehört, Sie müssen eine ganz ähnliche Auffassung als die der Regierung zugeben; denn erinnern Sie sich, wie auch die Commission Ihnen ins Gedächtniß ruft, daß selbst diese Centralgewalt, die ein Theil Ihrer politischen Freunde ins Leben rief, die ich von Hause aus, so weit es in meiner schwachen Kraft stand, bekämpfte, und gegen die ich mich erklärte, — daß diese Centralgewalt wiederholt auf die Bundesacte Bezug genommen, wiederholt ihre Beschlüsse darauf gegründet hat, und daß von dieser Seite — unter andern auch noch bei dem Malmöer Waffenstillstand von der Majorität des Parlamentes, der Sie damals angehörten, — immer Bezug genommen wurde auf das Bestehen des Deutschen Bundes, indem Namens des Deutschen Bundes dieser Vertrag abgeschlossen wurde. Insofern stehen Sie der Regierungsansicht in Bezug auf die staatsrechtliche Vergangenheit näher, als ich ihr nach meiner Ansicht stehe. Fasse ich also die Sache auf, wie sie sich hiernach praktisch gestaltet, so haben Sie kein Recht, der Regierung einen Vorwurf zu machen, wenn sie die Ansicht festhielt, daß der Bund fortbestand und nur sein Organ ruhte. Die Regierung hat diese Ansicht consequent, wie ich vorhin gesagt, vertreten; sie ist, auf diese Ansicht fußend, zu der Schlußfolge gekommen, daß, — nachdem sie alle Versuche angestellt, an Stelle dieses alten Bundestags etwas Neues, etwas Anderes zu setzen, als der Zeitraum des Interimisticums, wie sie es mit Ihnen betrachtete, erloschen und abgelaufen war, in dem Moment, wo dasjenige Organ, dessen Mangel das Bundesrecht, die Bundesverfassung gewissermaßen sistirte, wieder eintrat, — auch die ruhende Bundesverfassung, der Bundesvertrag und die Bundesrechte wieder auflebten. So fasse ich die Ansicht der Regierung auf, und es liegt in ihr eine gewisse Consequenz, eine gewisse Berechtigung, wenn man von demjenigen Standpunkte ausgeht, den die Regierung nie verläugnet hat. Es fragt sich nun, ob wir Grund haben, eine Ansicht oder Anträge zu unterstützen, die von dieser Seite (auf die Linke deutend) ausgehen, und welche dahin gehen, der Regierung den Weg vorzuzeichnen, den sie in diesem neuen Zustande oder nach der Wiederkehr des frühern Zustandes gehen solle? ob wir alle Anträge auf Vorbehalt der Zustimmung der Kammer zu allen einzelnen Beschlüssen des Bundestags, welche Preußen Verpflichtungen auferlegen möchten, — ob wir Ihre hierauf gerichteten Anträge (zur Linken deutend) unterstützen wollen und dürfen!? Meine Herren! ich halte nicht mit meiner Ansicht zurück, weshalb ich das nicht zu thun gesonnen bin. Wir haben gestern von zwei Rednern einmal die demüthigende Lage Preußens schildern hören, zum Andern die gefährliche Lage Preußens, in die es die Beschickung des Bundestags, der Wiedereintritt in denselben versetzt habe. Meine Herren! Ich glaube, gegen die Gefahren, die ein jeder Bund der Art, gegenüber jedem einzelnen Mitgliede desselben, hat, nicht blind zu sein; aber rufen Sie der Regierung zu, daß sie in dieser Beziehung Preußens Würde wahren solle, oder sagen Sie ihr gar, daß sie Preußens Würde durch jenen Schritt compromittirt habe, dann, meine Herren, frage ich: hat man dazu ein Recht, wenn man im Jahre 1848 einem Oesterreichischen Prinzen, umgeben von einem Ministerium, dem, wenn ich nicht irre, ebenfalls ein Oesterreichischer Minister vorstand, wenn man diesem damals Preußen, wenn auch mit Hoffnung auf eine bessere Zukunft, unterwarf? Vergleichen Sie, meine Herren, den Eindruck, den damals die Anordnung der Feier des 6. August im Jahre 1848 in Preußen machte, mit dem Eindruck, den die Beschickung des Bundestages nach Beendigung der Dresdener Conferenzen machte. Ich meinerseits glaube mich nicht zu irren, daß das Preußische Nationalgefühl am 6. August 1848 viel mehr beleidigt war, als im Sommer 1851. (Bravo! auf der Rechten.) Man hat gesagt, es sei eben unwürdig für Preußen, in dem Rathe der Deutschen Fürsten nur eine Stimme zu führen, wie die kleinsten Deutschen Staaten. Man hat gesagt, es könne Krieg erklärt werden, es könnten ähnliche wichtige Beschlüsse gefaßt werden, welche nicht die Unanimität verlangten; dann könnte Preußen in der Minorität sein und zu Schritten getrieben werden, die gegen sein Interesse wären; das sei eine unwürdige Stellung. Meine Herren! wenn wir auf dieser Seite (nach der Rechten zeigend) des Hauses das sagen, wenn ich das sagte, so glaube ich, daß dazu eine Berechtigung vorhanden wäre; aber ich gestehe Ihnen, daß ich eine solche Dem bestreite, der damals Preußen eine Stellung anwies, in der es keine Stimme hatte, wenn es sich um eine Kriegserklärung handelte, eine Stellung, in der sein Gesandter in dem Vorzimmer des diplomatischen Reichsministers hätte warten müssen, um seine Gegenvorstellungen gegen eine solche Kriegserklärung anzubringen, in der Preußen, wenn der Reichsverweser den Krieg beschlossen hätte, marschiren mußte, wenigstens nach Ansicht Ihrer Seite, und nicht einmal „Nein" sagen konnte, sondern eben nur ganz höflich in einer Privatconferenz gegen den Nachtheil dieses Krieges, der vielleicht allein, oder doch zum größten Theil von Preußen geführt werden mußte, vorstellig werden konnte! Wenn der Dänische Krieg z. B. damals auf einen Punkt gedrängt wurde, der uns unmittelbar in einen Krieg mit Rußland führen mußte, wenn Preußen damals diesen Choc hätte allein tragen müssen, so hatte es nach Ansicht Ihrer Seite nicht einmal das Recht „Nein" zu sagen, auch nicht mit einer Stimme. Jetzt aber kann es mit einer, und zwar mit der Preußischen Stimme, „Nein" sagen. Nicht darauf aber kommt es an, ob Preußen nur eine Stimme hat, sondern darauf, wieviel diese eine Stimme wiegt; und die Erfahrung hat gezeigt, daß gegen ein „Nein" von Preußen noch niemals ein Krieg nach Außen geführt worden ist. Von dieser Seite darf also nicht gesagt werden, daß die Regierung durch den Eintritt in den Bundestag Preußen gedemüthigt habe. Von derselben Seite ist es durch denselben Redner nicht nur als etwas Bedenkliches, ja, wenn ich nicht irre, sogar als etwas Herabwürdigendes bezeichnet worden, daß Rußland sich durch seine Hülfsleistungen in die Deutschen Angelegenheiten gemischt habe, und daß der Gedanke, daß wir durch Rußlands Mithülfe etwas erreichen könnten und wollten, zurückgewiesen werden müsse. Meine Herren! In politischen Dingen, glaube ich, gilt ein Wort des großen Königs, der gewiß mit Recht von jener Seite sowohl wie von dieser hoch erhoben wird; derselbe sagte: „Ich kenne in der Politik keine anderen Freunde, als meine Verbündeten." Man sollte aber nicht vergessen, daß in zwei großen Momenten Rußland es war, welches Preußen einmal vor dem Untergange bewahrt und das andere Mal mit ihm gemeinsam und durch seine Kraft und Ausdauer zum Siege geführt hat. Ich erinnere einmal an die Wirkung der Umkehr der Russischen Heere im 7jährigen Kriege und zweitens ersuche ich Jeden, den dritten Band des Lebens Stein's zu lesen, um zu sehen, daß der Mann, den Niemand in diesem Hause einer Entwürdigung Deutschlands oder Preußens zeihen wird, es nicht verschmähte, durch weite Wege hinzugehen nach dem Mittelpunkte des Russischen Reiches, um von dort aus wie von dem festen Punkte des Archimedes die Welt gegen den Tyrannen zu erheben und sie von ihm zu befreien; — ich erinnere daran, daß von dort aus der Widerstand ausging, und die Befreiung unseres Vaterlandes gelang durch das Festhalten des Russischen Herrschers an dem Vorsatze, nicht eher zu ruhen, als bis der Mann vom Throne gestiegen wäre, welcher sich vorgenommen hatte, den Continent zu unterwerfen. Es kommt nur darauf an, für welche Sache wir mit Rußland kämpfen; in jenem Falle haben wir für eine gute Sache gefochten; und kommt ein solcher Fall wieder, so werden wir auch wieder gern mit ihm fechten. Für eine schlechte Sache will ich überhaupt nicht fechten, also eben so wenig mit Rußland wie mit anderen Staaten. Jener frühere geehrte Redner, — ich glaube der Abgeordnete für Oels — hat darauf hingewiesen, daß, wie man in der Hofburg zu Wien keine Sympathieen für unser Zeitalter hege, man dort auch keine Sympathie für das Jahr 1760 und 1668 gehegt habe, daß man also, wenn man jetzt Hand in Hand mit Oesterreich gehe, man auch jene glorreichen Momente der Preußischen Geschichte zu verläugnen bereit sein möge. Meine Herren! Der große Kurfürst und der große Friedrich mögen allerdings keine großen Sympathieen in der Hofburg finden; aber ich frage Sie: glauben Sie, daß diese Sympathieen im Jahre 1848 in Frankfurt bei dem damaligen Reichsverweser und seinem ersten Minister und in der Hofburg zu Wien größer waren? Und doch haben Sie keinen Anstand genommen, uns jenen Männern einstweilen zu unterwerfen. Ich hoffe, daß ein Preußischer Mann Niemandes Knecht in dem von jenem Redner angedeuteten Sinne ist, ein Preußischer Minister am wenigsten, und ich hoffe, daß auch wir von einem Ministerium, wenn ich den gestern gewählten Ausdruck richtig behalten habe, nie werden geknechtet werden. Aber, meine Herren, wenn dieses Bild gebraucht wird, so stehen wir, Gott sei Dank! viel freier gegen die Antipathieen, die sich gegen Preußens Herrscher in Oesterreich geltend machen, als im Jahre 1848, wo diese Seite (links) sein Regiment an die Spitze brachte. (Rechts: Bravo!) — Der Redner fährt fort: Es ist hier gestern gesagt worden, daß es für Preußen nichts ausmache, wenn die Lombardei abfiele; ich sage Ihnen nebenbei, man würde sich doch sehr in Deutschland besinnen müssen, wenn irgend eine fremde Macht diesen Landestheil nimmt. Ich sage Ihnen ferner, daß der Reichsverweser, sein Ministerium und die ganze National-Versammlung die Lombardei sehr gern in den Deutschen Bund aufgenommen haben würde. (Nein, nein! links.) Ja, ja! meine Herren! (Unterbrechung.) Jetzt kann uns allerdings kein Interesse für die Lombardei octroyirt werden; 1848 aber sehr wohl, und wenn wir jetzt unsere Preußischen Grenadiere für die Lombardei marschiren lassen, was vielleicht doch eine Möglichkeit wäre, so thun wir es aus freiem Willen. Ich achte und ehre das Bestreben der Herren, welche jetzt hier links sitzen und damals in Frankfurt Opposition machten; aber das können Sie mir nicht übel deuten, wenn ich sage, Ihre Bestrebungen waren damals doch nicht Preußisch. Die Frankfurter Verfassung wurde von Ihnen angenommen, aber was enthielt sie? die vollständige Desorganisirung Preußens. Sie greifen das Ministerium an, denn Sie sagen, es läßt sich nur leiten von der conservativen Partei; ich erkenne aber in Ihren Bestrebungen nichts weiter, als nur die parlamentarischen Interessen aufrecht zu halten. Ihnen war jede Regierung gerecht, wenn nur die parlamentarischen Interessen gewahrt wurden. (Bravo.) Sie schmähen die Regierung; aber wie sich die Sünde an dem Menschen forterbt, so erbt sich das Schmähen auf jede Obrigkeit fort. Wir wollen dem Bundestag kein Vertrauensvotum für ewige Zeiten geben, aber die Form, in welcher Preußen zu ihm steht, daß es ein so gewichtiges Nein einlegen kann, halte ich für jetzt für die einzig mögliche. Ich hege das Vertrauen, daß beide Agenten Preußens und Oesterreichs sich erinnern werden, was ein Krieg zwischen ihnen bedeutet. Der 30jährige Krieg und der 7jährige Krieg, so große Momente sie auch für Preußen sind, ließen doch lange Zeit eine Zerrissenheit und Verwüstung Deutschlands zurück; ein größerer Moment war es, wo Preußen mit Oesterreich vereint dem Feinde entgegen ging. Ihre Worte, wenn sie gegen Oesterreich gerichtet sind, thun mir weh, und sage ich Ihnen, daß sie einen großen Riß durch Preußen hervorbringen müssen; darum lassen Sie mich nochmals bitten, diesen Riß endlich zuzustopfen. (Die Rede wird fortwährend mit dem größten Beifall begleitet.)

Abg. Simson. Man sagt, die Geltung Preußens im Jahre 1848 habe sich auf Null reducirt; für wenige Monate gebe ich dies zu. Deutschland und Europa glaubte damals gesehen zu haben, daß die stolze Monarchie Friedrich des Großen am 18. März mit einem Schlage vernichtet worden sei. Man hatte sich geirrt, wie man sich irrte am Tage von Jena. Die Preußen, die in Frankfurt saßen und denen hier über ihre Thätigkeit Vorwürfe gemacht worden sind, haben so ehrlich und achtbar für Preußen gefochten, wie irgend Andere auf anderen Schlachtfeldern. Wenn wir auf den 3. Band des Stein'schen Lebens hingewiesen worden sind, so weise ich Sie auf den 4. Band. Wir halten auch einen Krieg mit Rußland für einen Aberwitz; aber wir wollen uns auch nicht vor ihm bei jeder Gelegenheit fürchten. Man hat uns gesagt, der Reichsverweser und die National-Versammlung hätten die Lombardei in das Deutsche Reich aufnehmen wollen. Das ist unrichtig; der Reichsverweser hatte gar nichts darein zu reden. Niemals hat es eine Preußischere Gesellschaft gegeben, als die 200 Preußen, welche damals in Frankfurt saßen. Wir sind gelobt worden, weil wir in Frankfurt der Demokratie Widerstand geleistet haben. Aber wir machten nur Opposition gegen den demokratischen Absolutismus, wie wir jetzt Opposition machen gegen einen andern Absolutismus. Es giebt kein Deutschland ohne Preußen, und es giebt kein Preußen ohne einen mächtigen Herrscher. Aber dieses mächtige Preußen ist nur dann mächtig, wenn sein Parlament überzeugt ist, daß es verfassungsmäßig regiert wird. Es giebt kein dauerndes Königthum ohne Freiheit. Der Vorwurf, den wir der jetzigen Regierung machen, ist der, daß sie das Königthum beschränkt. (Bravo links.) Es ist uns gesagt, es sei eine Erbsünde, daß man unzufrieden sei mit der Obrigkeit. Ich sage es, ich halte die Zerstörung der Autorität für einen Frevel. Uns ist Frankreich vorgehalten worden und vorgeworfen, daß wir dem Französischen Constitutionalismus huldigten; wir suchen den Constitutionalismus ganz wo anders und zwar jenseit des Canals. Gewiß auch Sie, meine Herren (die Rechte), würden es nicht dulden, wenn die Frankfurter Versammlung in die Preußische Verfassung eingreifen würde; aber Sie denken, Sie würden den Schlag pariren können, wenn er geschieht. Aber täuschen Sie sich nicht! Vielleicht kommt die Zeit, wo Sie an das Rechtsbewußtsein appelliren wollen, aber dann vergeblich darnach suchen werden. (Bravo.)

Ministerpräsident. Ich gehe auf die Erörterung derjenigen Dinge nicht ein, welche sich in Frankfurt zugetragen haben; einmal stand ich den dortigen Ergebnissen damals fern, zum andern ist auch schon genug in und von Frankfurt gesprochen worden. Nur in einem Punkte muß ich dem Vorredner widersprechen; er hat uns gesagt, er und seine Parteigenossen träten uns nur deswegen entgegen, weil wir den Absolutismus wollten. Wir wollen den Absolutismus nicht, was wir aber eben so wenig wollen ist, daß Sie einen Areopag bilden, dem allein zusteht zu entscheiden, was Recht oder Unrecht ist, und dieser Ueberzeugung werden wir treu bleiben.

Es folgen nun noch eine Reihe von persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Graf Dyhrn, Graf Arnim, v. Bodelschwingh und Simson, worauf der Antragsteller und der Berichterstatter das Wort empfangen und in längeren Ausführungen für und gegen den Beselerschen Antrag sprechen. Man schreitet nun zur namentlichen Abstimmung über den Commissionsantrag, deren Resultat ist, daß für denselben 139 und gegen denselben 133 Abg. stimmen, womit der Commissions-Antrag angenommen und der Beseler'sche beseitigt ist.

(Dafür stimmen: Die Abgeordneten Graf Arnim, v. Arnim I. und II. Bauer (Satzig) Bayl, Bergmann (Neiße), Berndt, v. Bernuth, Bieck, v. Bismarck-Külz, Blümel, v. Bodelschwingh (der Minister), v. Bodelschwingh-Hagen, Boltz, Bormann, Bothe, v. Brauchitsch, Breithaupt I. u. II., Brüning, Büchtemann, Burchard, v. Burgsdorff, Dan, Dietholdt, v. Durant, Ebert, Engel, Falck, Gamet, v. Gilgenheimb, v. Görtz, Gründler, Graf Haeseler, v. Hagen, Hannemann, v. Hanstein, Hartmann, Heintze, v. d. Heydt, v. Hilgers, v. Hiller, v. Hindenburg, Hirsch, Hoffmeyer, v. Holleben, v. Holzbrinck (Altena), Hülsmann, v. Jagow (Creuznach), Jordan, Junckmann, Graf Kanitz, Keller, Klein, v. Kleist I., II. und III., v. Klützow, Knorr, v. Koelichen, Krahn, Graf Krassow, Kunckel, Langekästner, v. Lavergne Peguilhen, v. Leipziger, Leonhard, Mahrenholz, von Manteuffel, Martens, Maske, v. Massenbach, v. Mecke, Meyer, Mill, Graf Monts, Müller, v. Münchhausen (Eckardtsberga), Nippe, Nobiling (Teltow), Oppermann, Osterrath, v. Parpart, Phemel, Plehn, von Pokrzywnicki, v. Ramin, Herzog v. Ratibor, Reck, Reichensperger, Graf Renard, v. Reyher, Rodehuth, v. Röder, Röhricht, Graf Reichenbach, Sack, Schaeffer, v. Scheliha, Scheller, von Schenckendorff, Scherer, v. Schleinitz, v. Schlotheim I. und II., Schmidt (Conitz), Schneider, Schönberger, v. Schönfeld I. u. II., Schröck, Schröder, v. Selchow, Simons, Stämmler, Steinbeck, Stolle, Graf Strachwitz, Graf Salisch, Terbeck, v. Tieschowitz, Treplin, v. Uechtritz, v. Wallenberg, Walter, Weber, Wegener, Weikhmann, Wellmann, v. Werdeck, Graf Werthern, Winzler, Wolff, v. Zedlitz, Ziegler, v. Zychlinski rc.

Dagegen stimmen die Abg Aldenhoven, Ambronn, v. Auerswald, Bandelow, Baumgardt, Bauer (Aachen), Becker, v. Beckerath, Bentrup, Berndt (Nimptsch), Beseler, v. Beughem, Biegel, Birschel, v. Bonin, Bonseri, Braemer, Brockhausen,

Bürgers, Camphausen, Cassel, Castendyck, Daubert, Delius, Diesterweg, Graf Dohna, Duncker, Graf Dyhrn, v. Eynern, v. Flemming, Fliegel, v. Fock, Förster, Fröbner, Fubel, Gamradt, Gebauer, Genther, Geppert, Geßler, Gobbin, Hahn, Harkort, Hering, Heyl, v. Hilgers (Altenkirchen), v. Holzbrinck (Siegen), Jacobi v. Wangelin, Johanny, John, Kelch, Kette, Klose, Körner, Kolbe, Kremers, v. Kries, Kruse, Landfermann, Langer, Leineweber, Lensing, Lieber, Linz, Lohmann, Lorck, Mac Lean, Maske, Matzerath, Merres, Metzenthin, Metzmacher, Möller, v. Münchhausen (Gardelegen), Naewe, Neuenburg, Ohm, Palm, Pasterts, v. Patow, Pelz, Pelzer, Peterson, Pochhammer, Post, v. Prittwitz, Reuter, v. Richthofen (Ratibor), Rebe, Sartorius, v. Saucken I. und II., Scheidtmann, Schemel, v. Schirp, v. Schmidt (Oppeln), Schmidtborn, Schubert, Schulenburg, Schultz, Schwarz, Graf Schwerin, Sibeth, Simson, Skalweit, Stenzel, Stohlmann, Stosch, Strobel, Stürcke, Graf Szoldrski, Tegetmeyer, Tellkampf, Thiel, Trojan, Ulfert, Urlichs, v. Vincke, Wagner, Wander, Welzer, Wentzel, Wiese, Wildermann, Wunder, Wurzer ꝛc. — Sämmtliche Polnische Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.)

Schluß der Sitzung: gegen 4 Uhr. — Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 31. Januar. Als eine Zeitungssteuer wird die enorme Auflage bezeichnet, welche nach dem Regierungsentwurf fortan von der Tagespresse erhoben werden soll. Eine Steuer vermögen wir in einer Forderung nicht mehr zu erkennen, welche fast die Hälfte des aus dem Geschäftsbetriebe fließenden Brutto-Ertrages in Anspruch nimmt. Den früheren Stempel von 1 Thlr. pro Exemplar konnte man mit Recht als eine Besteuerung des Journalismus ansehen, und der Ansatz war immer verhältnißmäßig noch sehr hoch gegriffen. Was man jetzt proponirt, übersteigt aber alle Schranken einer Steuergesetzgebung und charakterisirt sich in Wirklichkeit als eine Maaßregel zur Beschränkung der Presse. Man sucht dafür allem Anschein nach den Namen einer Luxussteuer — ob für Journalisten oder Zeitungsleser bleibt zweifelhaft. Wollten wir aber selbst den durchaus nicht sachgemäßen Namen gelten lassen — da in unseren Tagen weder das Zeitungsschreiben, noch das Zeitunglesen als Luxus angesehen werden kann — so haben wir doch noch niemals vernommen, daß irgend eine Luxussteuer die Hälfte des Verkaufspreises der Waare erreicht hätte. Als Folge der neuen Belastung wird sich mehr und mehr herausstellen, daß das Zeitungsschreiben Monopol der Regierung wird, und Monopole schreiten allerdings über jedes Maaß billiger Steuerforderung hinaus.

— [Der zweitägige „Monolog" der Zweiten Kammer über „Sein oder Nichtsein" des Bundestags] ist vorüber, — vorüber wie ein anderes Schauspiel. — Aber so klein das Ereigniß auch an sich war, — so verlohnt es doch der Mühe, auf dasselbe einen prüfenden Blick zurückzuwerfen, — denn die kleinen Ereignisse sind wahre Pulsschläge des Gesellschaftslebens. Wir wollen die Leser nicht ermüden mit Auszügen aus den vielen und langen Reden, die ja schon in extenso gegeben sind; — es möchte ein solches Resumé auch in der That schwer sein, denn wie der Berichterstatter, Herr Nöldechen, am Schlusse mit der ihm eigenen feinen Ironie sehr richtig bemerkte: Es war in ihnen die Rede „von allen möglichen Dingen und noch einigen andern." Nur auf einige charakteristische Züge aus den einzelnen Reden müssen wir aufmerksam machen; — darauf, wie der Graf Dyrhn, der mit gewohnter Meisterschaft seinem berühmten Vorbilde unter den genialen Schöpfungen des großen Briten nachstrebte, die reactionairste Rede hielt, die wir noch in dieser Session gehört haben, eine Rede, in welcher er sich noch ganz auf dem mythisch gewordenen Paulskirchlich-Erfurter Standpunkt bewegte, — kein Wunder, daß der edle Graf so viel von Gespenstern sprach, wenn er selbst die Todten nicht ruhen läßt; — darauf, daß der Herr v. Vincke, der gewaltige Kämpe für Deutsche Einheit, mit dem wohlbekannten ungeheuren Aufwande von Worten mit eingestreutem Bierwitz bewies: „Feindseligkeit zwischen Oesterreich und Preußen sei der Beruf Preußens", wie Herr v. Bodelschwingh (Hagen) in schlagenden Kraftworten Preußen gegen die Ehrenrettung verwahrte, die seine Vorredner unbevollmächtigt ihm octroyiren wollten, — wie des Herrn Urlichs runde, glatte Redewendungen wenig Eindruck machten — alles schon dagewesen! wenn auch Dornröschen vielleicht zum ersten Male auf der Tribune genannt worden — wie Hr. Simson mit dem ganzen Aufwande seiner ausgezeichneten Geschicklichkeit in allen rhetorischen Künsten beweisen wollte: Es habe nie eine preußischere Majorität gegeben, als die in der Paulskirche (sic!) und das beachtenswerthe Geständniß ablegte, seine Partei habe bisweilen das Gefühl, als befinde sie sich zwischen zwei Mühlsteinen — wie Hr. Beseler vor leeren Bänken $1\frac{1}{2}$ Stunden lang wider den Bundestag plaidirte, wie der Hr. Graf v. Arnim mit gewohnter Meisterschaft die „Toledoklinge" führte, und den Gegnern die „Solidarität der parlamentarischen Interessen" als das wahre Ziel ihres Wollens zeigte, dem der zur Schau getragene Eifer für Preußens Ehre und Unabhängigkeit zur Folie dienen müsse; — auf Alles dies haben wir hindeuten wollen, um zu der Frage zu gelangen: Wozu alles dies? — Was wollen die Männer der Opposition mit diesen „Monologen"? — Etwa Deutschlands Einheit? Das Reich ist todt, die Union ist todt, und „die Klage, sie weckt die Todten nicht auf!" — Der Bund allein ist übrig — als einziges Band, — und dieses strebt man mit aller Macht zu zerreißen! — Also Deutschlands Einheit kann es nicht sein, gewiß um so weniger, da dies nie das wahre Ziel des Kampfes war, weder in Frankfurt noch in Erfurt, wo man immer den Einheitsbau damit begann, Deutschland zu zerschneiden! — Nein! die parlamentarischen Interessen sind es, — die verfolgt werden; — daher zuerst die heftige Empfindlichkeit, als der Graf v. Arnim dies unumwunden aussprach, und endlich die Nothwendigkeit, es ziemlich offen einzugestehen, daß er doch Recht habe! Aber, kann man weiter fragen, — wozu all dieser Aufwand von Zeit und Rede, — da die Antragsteller doch mit Bestimmtheit wissen, daß sie nichts, gar nichts praktisch erreichen, als — sich und ihren Parlamentarismus im Volke noch unbeliebter zu machen, als sie schon sind. — Darauf antworten wir nur: Es ist die furchtbare Ironie der Nemesis, welche sie verurtheilt, unablässig zu graben und zu schaufeln an ihrem eigenen Grabe!

— Heute Abend werden die Großherzoglich Mecklenburgischen Herrschaften im hiesigen Königl. Schlosse erwartet.

— Se. Durchlaucht der Prinz Peter v. Kourakin, Kaiserl. Russischer Oberst im Regiment Garde du Corps, ist aus St. Petersburg hier angekommen.

— Der Minister-Präsident Frhr. v. Manteuffel und der Handelsminister v. d. Heydt sind heute früh nach Staßfurth abgereist.

— Der Ober-Präsident der Provinz Posen, Hr. v. Puttkammer ist heute von Posen hier wieder eingetroffen.

— Der Königl. Kammerherr Graf v. Keller ist aus Erfurt, der Königl. Dänische Kammerherr Baron v. Plessen aus Lübeck, und der Kaiserl. Brasilianische Consul Courvoisier aus Hamburg hier eingetroffen.

— Der Königl. Sächsische Kammerherr Freiherr v. Carlowitz ist nach Dresden und der Landstallmeister von der Brincken nach Neustadt a. d. D. von hier abgereist.

— Der von dem Oesterreichischen und dem Hessischen Fachmann auf Grund der Berathungen sämmtlicher Commissarien für die Preßsachen ausgearbeitete Entwurf von „normativen Bundesbestimmungen" für die Deutsche Presse, ist dem Preußischen Commissarius noch immer nicht mitgetheilt worden. Der Entwurf wanderte bekanntlich sofort in die Mappe des Oesterreichischen Bundestagsgesandten, ohne daß den übrigen Fachmännern Gelegenheit gegeben wäre, dessen Uebereinstimmung mit den vereinbarten Grundlagen zu prüfen und demselben ihre Genehmigung zu ertheilen. Die diesseitige Regierung verbleibt unwandelbar auf dem gleich Anfangs von ihr in dieser Sache eingenommenen Standpunkt. Sie hält an dem Grundsatz fest, daß vom Bunde eben nur allgemeine Normativ-Bestimmungen aufgestellt werden, und wird keinen Propositionen ihre Zustimmung ertheilen, welche mit der Preußischen Preßgesetzgebung in Widerspruch treten.

— Nach einer am 24. d. ergangenen Bekanntmachung des Oberpräsidiums ist der bisherige Candidat der Theologie Christian Boguslaus Rudolph Lohmann von dem altlutherischen Ober-Kirchencollegium zu Breslau zum Hülfsprediger für die zur Parochie Berlin gehörenden Gemeinden ernannt und berufen worden.

— Von dem Missionar Neumann, der Gützlaff bei seiner Abreise von Deutschland nach China begleitet hat, sind Nachrichten eingetroffen, wonach derselbe an Gützlaff's Stelle an die Spitze des Chinesischen Vereins getreten ist, der mit Hülfe von 40 eingebornen Missionsgehülfen die Evangelisirung Chinas sich zum Zweck gesetzt hat. (C.-B.)

— Nachdem hin und wieder die Besorgniß laut geworden war, daß die neuen kirchlichen Gemeinderäthe in einzelnen Fällen Beschlüsse fassen möchten, welche über die gesetzlich ihnen eingeräumte Befugniß hinausgingen und hemmend oder störend in die Amtsbefugnisse der Geistlichen eingriffen, hat der evangelische Ober-Kirchenrath zu §. 13 der Grundzüge den Zusatz genehmigt: „Dem vorsitzenden Geistlichen steht das Recht zu, Beschlüsse des Kirchen-Gemeinderathes, welche er für unüberlegt oder kirchenwidrig erachtet, bis zur eingegangenen Entscheidung der kirchlichen Vorgesetzten zu suspendiren."

— Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblatts" enthält in ihrem amtlichen Theile 1) eine allgemeine Verfügung vom 24. d. Mts. über mehrere Zweifel, welche den Ansatz und die Erhebung der Gebühren der Rechts-Anwalte und Notare nach den darüber ergangenen neueren Gesetzen betreffen; 2) ein Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 9. d. M., worin die Ansicht ausgesprochen wird, daß Untersuchungen wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den König nicht vor die Schwurgerichte, sondern vor die gewöhnlichen Gerichts-Abtheilungen von drei Mitgliedern gehören. — Im nichtamtlichen Theil befindet sich ein Aufsatz über das in der Praxis bereits mehrfach angeregte Bedenken: inwiefern die Stellung zusätzlicher Fragen an die Geschwornen über erschwerende Umstände zulässig sei? mit einer darauf bezüglichen Entscheidung des Justizministers.

— Nach dem heutigen „Militair-Wochenblatt" ist Holfelder, Oberst und Combr. der 1. Ldw.-Brig., gestattet, die Unif. des 1. Inf.-Regts. beizubehalten, und ist derselbe bei diesem Regt. à la suite zu führen. Ferner ist v. Somnitz, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt Major, aggr. dem 8. Ulan.-Regt., Berghmann, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt Major im 34. Inf.-Regt., unter Entbindung von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufgeb. vom 1. Bat. 25. Ldw.-Regts.; v. Forell, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt im 28. Inf.-Regt., unter Entbindung von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufgeb. vom 3. Bat. 25. Ldw.-Regts., und Günther, Major zur Disp., zuletzt Hauptm. im 25. Inf.-Rgt., unter Entbindung von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufgeb. vom 1. Bat. 28. Ldw.-Regts., allen mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. u. ihrer bisher. Pension, der Abschied bewilligt worden.

— [Erste Kammer.] Für die nächste Sitzung (Dienstag) kommen auf die Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, Bericht der Commission für die Geschäftsordnung; der vierte Bericht der Petitions-Commission, und wahrscheinlich noch der Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend den Diebstahl an Holz und anderen Waldproducten. Letzterer ist heute im Druck vertheilt worden. Die Fassungsabänderungen der einzelnen §§, welche der Commissionsbericht vorschlägt, sind ziemlich zahlreich.

— Bei der Berathung des Justiz-Etats in der Zweiten Kammer wird der Antrag eingebracht werden: die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß die pecuniäre Stellung der Kreisrichter unter allen Umständen verbessert werde. In Bezug auf die bei den Kreisgerichten angestellten Secretaire wird von demselben Gesichtspunkte aus beantragt werden, daß diese Beamten im Gehalt durch den gesammten Bezirk eines Appellations-Gerichts aufrücken sollen.

Dirschau, 28. Januar. [Ostbahn.] Die Erdarbeiten an der Ostbahn werden hier den ganzen Winter hindurch mit aller Kraft gefördert, die Schwellen und Schienen liegen zum größten Theile zur Verwendung bereit, und man hofft daher mit Sicherheit, daß die Eröffnung der Bahnstrecke von Bromberg bis Danzig im Monat August d. J. wird stattfinden können. Die Bahnhofsgebäude sollen bis zur gänzlichen Beendigung des Brückenbaues interimistisch aus Holz aufgeführt werden. Die Arbeiten an dem Brückenbau sind hier den Winter gänzlich eingestellt, sollen jedoch im ersten Frühjahr mit aller nur zulässigen Kraft fortgesetzt werden.

Posen, 29. Jan. [Gemeinderath.] In Betreff der streitigen Wahl des Gemeinderaths-Vorsitzenden ist nunmehr seitens des Ober-Präsidenten v. Puttkammer die Entscheidung dahin ergangen: daß die am 30. Dec. v. J. begonnene Wahl eines Vorstehers des hiesigen Gemeinderaths dadurch zu Ende zu führen, daß das Loos über die beiden Candidaten Müller und Tschuschke zu ziehen, demnächst aber in derselben Sitzung die Wahl eines Stellvertreters zu veranlassen sei.

Weißenfels, 28. Januar. [Eisenbahn.] In Bezug auf die projectirte Zweig-Eisenbahn von Weißenfels nach Leipzig, welche in der Generalversammlung der Actionaire der Thüringschen Eisenbahngesellschaft am 28. October v. J. in Naumburg beschlossen wurde, ward früher mitgetheilt, daß vom Ministerium der Bau derselben, weil es sich von ihrer Nothwendigkeit nicht überzeugen könne, nicht genehmigt sein solle. Jetzt wird von Weißenfels berichtet, daß daselbst Ingenieure angekommen seien, welche die Richtung der Bahn und zwar über Lützen zu vermessen hätten; der Bau selbst werde schon in den nächsten Monaten beginnen.

* **Wien**, 28. Jan. [Notizen.] Die Ministerien des Handels und der Finanzen haben auf Grundlage der im §. 32 der Vorerinnerung zum neuen allgemeinen Oesterr. Zolltarife für die Ein-, Aus- und Durchfuhr eingeräumten a. h. Ermächtigung gestattet, daß bei Einführung des neuen Zolltarifs die bisher bestandene Befreiung vom Durchfuhr-Zolle für alle jene Waaren, welche aus der Schweiz auf der Straße über den Splügen ein-, und nach fremden Italienischen Staaten austreten, so wie jene, welche aus diesen Staaten kommen und auf der Straße über den Splügen nach der Schweiz austreten, fortan dauere.

Ⅲ* **Wien**, 29. Jan. [Vom Hofe.] Gestern war Kammerball in den Appartements der Frau Erzherzogin Sophie, welcher wie gewöhnlich eine eben so zahlreiche als glänzende Gesellschaft vereinigte. Se. Majestät erschienen in Husaren-Uniform und wohnten dem Feste bis gegen Ende bei. — Se. K. Hoheit der regierende Herzog von Sachsen-Coburg wird übermorgen Abends hier eintreffen. Ein Theil seines Reisegefolges ist bereits hier angelangt. Die Appartements sind seit gestern in dem Hotel zum Erzherzog Karl für den hohen Gast bereit. — Das Geburtsfest Ihrer K. H. der Frau Erzherzogin Sophie wurde vorgestern im Kreise der Allerhöchsten Familie gefeiert. Nachdem man in der Frühe der Messe in der Hofburgkapelle beigewohnt hatte, verfügte sich Alles in die Appartements der Frau Erzherzogin, wo Ihre Kais. Hoheit die Gratulationen entgegennahmen. Abends war Tafel in den Appartements Sr. Majestät des Kaisers, welcher jedoch kein Gast beiwohnte. — Se. Excellenz der Russische Gesandte Freiherr von Meyendorf hat gestern die erste Spazierfahrt unternommen, von den Geschäften muß er sich noch fern halten.

München, 28. Januar. Der Etat der Staatsschuld für die laufende Finanzperiode ist vom II. Ausschuß der Abgeordnetenkammer in folgender Weise gutachtlich festgestellt worden: 1) Zinskasse für Verzinsung der alten Schuld incl. Tilgungsfond und Verwaltungskosten 5,500,000 Fl.; 2) Bedarf zur Verzinsung der neuen Schuld (Anlehen seit 1848) 1,090,000 Fl.; 3) Tilgungskasse: für die Dotationsmehrung wegen Entschädigung der eingelösten Gerichtsbarkeiten 90,000 Fl.; 4) Pensionsamortisationskasse 1,200,000 Fl.; 5) Eisenbahnbaudotationskasse (Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld) 1,130,000 Fl.; 6) Ablösungskasse 800,000 Fl.

Stuttgart, 26. Jan. [Zur Zollfrage.] Bei Besprechung der Kosten, welche die polizeilichen Beschäftigungs-Anstalten verursachen, äußerte in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer der Departements-Chef Staatsrath v. Linden, wie er viel lieber eine Unterstützung der Auswanderung sehen würde, und zwar in der Richtung, daß in Ungarn Colonieen angelegt würden, mit welchem Lande durch die dermalen anzubahnenden Zoll- und Handelsverträge ein leichter Verkehr herzustellen sein dürfte.

Karlsruhe, 28. Januar. Im heutigen Regierungsblatt ist die fernere Verlängerung des Kriegszustandes nach dem Gesetz vom 29. Januar v. J. verkündet.

Constanz, 25. Jan. [Citation.] Von dem hiesigen Bezirksamte wurde der vormalige (flüchtige) Regierungsdirector in Constanz, Peter, verurtheilt, binnen 14 Tagen an die großh. Generalstaatskasse zu Karlsruhe unter Verfällung in die Kosten, bei Zwangsvermeidung 9436 fl. 45 kr. zu bezahlen. Auf das Vermögen Peter's welches er im Großherzogthum Baden besitzt, ist schon früher von der Generalstaatskasse Beschlag gelegt worden.

*** **Frankfurt**, 29. Januar. [Notizen.] Die K. K. Oesterreichische Bundestags-Gesandtschaft hat in der Person des Legationsraths Braun einen Zuwachs erhalten. — Die Summen, welche seit den letzten zehn Jahren auf den Bau der Bundesfestung Ulm verwendet wurden, belaufen sich auf 13 Millionen. Für dieses Jahr sind wieder über 900,000 Fl. angewiesen. — Die Vertreter der Belgischen Gesellschaft, welche die Eisenbahn von Deutz über Ehrenbreitstein und Limburg nach Gießen bauen wollen, verweilen seit einigen Tagen hier; sie haben der Staatsregierung in Wiesbaden ein Baucapital von 13 Millionen nachgewiesen, welches sie bei Herrn von Rothschild hier deponirt haben, und harren der Entscheidung des Ministeriums hier in Frankfurt — In den letzten Tagen waren die Commissarien von Baden, Hessendarmstadt und Frankfurt für die längs der Main-Neckar-Eisenbahn anzulegende Telegraphenlinie zu einer Conferenz auf dem hiesigen Bahnhof abermals zusammengetreten. — Der große Lichnowskysche Proceß wird nun doch öffentlich entschieden werden. Wie bereits berichtet, sind die hier in Haft befindlichen Mörder des Fürsten beim Senate darum eingekommen, nachdem bisherigen Verfahren abgeurtheilt zu werden. Es sind nun seitens des Senats drei Vertheidiger ernannt und die ganze Gerichtsprocedur soll in öffentlicher Gerichtssitzung (beim Geschworenengericht) verhandelt werden. Man wird nach äußerm Vernehmen nach die Räume des Assisensaales zu diesem Proceß benutzen.

⊙* **Weimar**, 29. Januar. [Zum Landtage.] Neulich haben diejenigen von unseren Abgeordneten, die gegen das neue Wahlgesetz stimmen werden und die überhaupt für die Beibehaltung des directen Wahlsystems Sympathieen haben, eine Zusammenkunft gehalten, in welcher sie beschlossen, daß im Falle der Annahme des neuen Wahlgesetzes sie ihr Mandat niederlegen würden. Zu dieser Versammlung war auch der Herr „Reichsregent" Schüler von Jena hier anwesend, um an dieser Berathung der Linken sich zu betheiligen. Es ist, beiläufig gesagt, eine Schande, daß ein Mann, der von Frankfurt nach Stuttgart in jenen glorreichen Tagen Deutscher Erhebung mit übersiedelte, noch Sitz und Stimme in dem obersten Gerichtshofe in Jena hat; auch andere Abgeordnete heiterster Erinnerung vom Lande und aus der Stadt waren zu dieser hochwichtigen Berathung hierher geeilt. In den Ausschüssen nimmt der Staatsrath Thon eine hervorragende Stelle ein, da er durch seine eminenten Kenntnisse selbst den Linken, die sich doch sonst nicht so leicht imponiren lassen, Hochachtung einflößt. — Es scheint nunmehr wohl entschieden, daß Hr. Kohlschütter die Oberpfarrstelle nicht bekommen wird. Man sollte aber in der That Ernst machen, mehrere Geistliche an erledigte Stellen hierher zu rufen, da sonst das religiöse Leben noch mehr in Verfall geräth, als es gegenwärtig schon der Fall ist. Eben so wäre es im Interesse des Staates, wenn man an eine gründliche Reformation der Volksschule dächte, die jetzt unter dem Einflusse eines aus Sachsen vor Jahren hierher gerufenen und im höchsten Grade flachen Mannes steht. Unter solcher Direction versprechen wir uns kein Heil!

Lübeck, 28. Jan. Im Bürger-Ausschusse wurden heute mitgetheilt: der Entwurf des Staats-Budgets für 1852 und der Bericht über die Nachsicht der öffentlichen Rechnungen des Jahres 1846.

Ausland.

Wir finden Nichts dabei zu verwundern, daß der Präsident Bonaparte die Wege geht, welche er in den letzten Tagen eingeschlagen hat, und wir können es uns nicht versagen, Allen denen, welche heute bange und betreten daneben stehen, die Frage vorzulegen, wie sie sich eigentlich den Fortgang des Bonapartischen Regiments gedacht und welche die Mittel und Wege sind, die sie demselben empfehlen. Ist es möglich, daß der Präsident seine Herrschaft allein auf die Soldaten gründet? „Man stützt sich wohl auf die Bayonnette, aber man setzt sich nicht darauf!" Ist es möglich, daß der Präsident sich auf die alten Parteien stützt, die sich mit großem Vorbedacht von ihm zurückziehen, um ihn durch die Isolirung zu verderben? Vermag er dies aber nicht, auf wen soll er sich alsdann stützen, als auf diejenigen, um deren Gunst er sich gegenwärtig bemüht? Es tritt hierbei die sonderbare Inconsequenz der alten Conservateurs zu Tage: zuerst die absurde, verbrecherische Freude über die Staatsretterei vom 2. December und hinterher ein Verfahren, welches sie nothwendig um die Früchte ihrer ursprünglichen Unterwerfung ... bringen muß. Denn hatte die Bourgeoisie wirklich auch die Absicht, sich durch den Bonaparte staatsretten zu lassen, dann blieb ihr auch nichts Anderes übrig, als sich aufrichtig an ihn anzuschließen: so hat sie das verloren, was sie hatte und zwingt ihren improvisirten Retter, sie dem peuple zu opfern. Doch ist diese Inconsequenz auch wiederum eine große Consequenz, insofern, als es stets die Taktik der Bourgeoisie war, in der Stunde der Gefahr feige den Rücken zu wenden, um demnächst, sobald sie sich wieder etwas sicher fühlt, das alte Spiel der Intrigue und heimlichen Opposition fortzusetzen.

Frankreich.

△△ **Paris**, 28. Jan. [Veron's Kühnheit; die Gerüchte; Schicksal der Presse; Lambessa.] Hr. Veron (Redacteur des „Constitutionnel") nimmt sich heute eine in dieser Zeit der schweren Noth ungewöhnliche Freiheit heraus, indem er folgende Worte an die Spitze seines Blattes stellt: „Die 3proc. Rente ist um einen Franken gestiegen. Man hoffte, daß morgen ein neues Decret die Frage von den Domainen der Familie Orleans dem Senat und dem legislativen Corps unterbreiten werde. Wir haben, selbst nicht durch das Stillschweigen, das Decret bekämpfen wollen, welches die Rückkehr eines Theils der Güter der Familie Orleans zum Staate verordnet. Unsere Hingebung an die Sache L. Napoleon's, welche wir seit dem 2. December als die Sache der Gesellschaft betrachteten, hat sich in dieser Angelegenheit die peinlichste Pflicht auferlegt. Wie glücklich wären wir, wenn diese strenge Maaßregel, einer neuen Prüfung unterworfen, nicht mehr auf der Regierung des 2. Decembers lastete!" —— So der „Constitutionnel." — Jenes Gerücht hatte in der That an der gestrigen Börse circulirt und das Steigen der Fonds veranlaßt, aber der heutige „Moniteur" bestätigt es nicht. Nichtsdestoweniger fehlt es nicht an Personen, welche aus der obigen Auslassung des „Constitutionnel" folgern, daß die Regierung beabsichtige, die Decrete auf irgend eine Weise zurückzunehmen. Sie meinen, die Censur würde sonst den Artikel des Hrn. Veron nicht haben passiren lassen. Sie wissen nicht, daß weder der „Constitutionnel" noch die „Patrie" der Censur unterworfen sind. Andere behaupten, Hr. Veron habe die Weisung erhalten, das Publicum auf eine Concession der Regierung vorzubereiten. Nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, denkt die Regierung nicht im Entferntesten daran, in der fraglichen Sache eine Einräumung zu machen. Dann aber dürfte Hr. Veron nicht schlecht geschüttelt werden. Mit größerer Bestimmtheit kann ich Ihnen sagen, daß das Gerücht, die Regierung wolle den Proceß des Hauses Rohan gegen den Herzog von Aumale und Jeanne Furchères (wegen der Condé'schen Erbschaft) revidiren lassen, ungegründet ist. Schon vor vierzehn Tagen theilte ich Ihnen eine Aeußerung des Hrn. v. Persigny hierüber mit, und daß sie Veranlassung zu jenem Gerüchte gegeben habe. Seitdem ist es verschwunden und wieder aufgetaucht. Daß übrigens der Regierung bei den beunruhigenden Gerüchten aller Art, die in Umlauf gesetzt werden, nicht wohl zu Muthe ist, geht aus der Sprache der „Patrie" hervor, welche sich also hören läßt: „Die Staatsraison, welche allen persönlichen Gefühlen Schweigen gebietet, hat den Prinzen L. Napoleon zur Anwendung von außerordentlichen Maaßregeln gezwungen. Als das Heil Frankreichs und das Interesse des Volkes ihm eine Pflicht daraus gemacht haben, hat er den gesellschaftlichen Nothwendigkeiten die Individuen zu opfern gewußt. Er hatte eine unberechenbare Verantwortlichkeit. Allein die Last der Regierung tragend, stand er für die öffentliche Ordnung ein. Keine Maaßregel der Vorsicht oder der Gerechtigkeit, wie strenge und wie peinlich sie sein konnte, durfte ihn unschlüssig und schwach finden. Heute aber, wo die Ursachen der Verwirrung und die Elemente der Aufregung verschwinden, wo man sich unter der Hand eines intelligenten und kräftigen Gouvernements die Gesellschaft befestigen sieht und das Ganze der neuen politischen Einrichtungen den Blicken der Nation in seiner Größe und Einfachheit erscheint, wird es dem Prinzen L. Napoleon erlaubt sein, nur seinem Herzen Gehör zu schenken und sich nur mit dem Wohle des Volkes zu beschäftigen. Von allen Punkten Frankreichs empfängt die Verwaltung die besten Nachrichten über den Zustand der Gemüther. In allen Departements beruhigen sich die Leidenschaften, und voll Vertrauen in die Weisheit der Gewalt sehen die Bevölkerungen mit den Gefühlen der vollkommenen Sicherheit der Zukunft entgegen. Indem er diese legitimen Hoffnungen rechtfertigt, wird der Prinz L. Napoleon auf die Feindseligkeit der Parteimenschen antworten, welche nicht aufhören, falsche und böswillige Gerüchte zu verbreiten." Könnten wir es über uns gewinnen, die „Patrie" einer oppositionellen Anwandlung oder gar einer Feinheit für fähig zu halten, dann wären wir versucht, jenen Artikel wie eine leise Anfrage an die Regierung zu betrachten, ob sie nicht gemeint sei, dem Ausnahmezustand ein Ende zu machen. Der „Constitutionnel" versichert der Regierung, die falschen Gerüchte würden von selber verschwinden, sobald die neue Verfassung regelmäßig functionire. Sie solle sich deshalb sputen und zu den Wahlen für das legislative Corps schreiten. Es wurde mir aber in dieser Beziehung versichert, daß man im Elysée beschlossen habe, nichts zu übereilen. Erst dann, wann die Präfecten gemeldet haben werden, daß sie für den Ausgang der Wahloperationen einstehen können, werde man an die Wahlen gehen. Ueber das Schicksal, welches der Tagespresse bevorsteht, herrscht noch immer die größte Ungewißheit. Alle Mansagt hier anzuführen würde ein unnützes Geschäft sein. Nur die beiden Extreme: Das Maaß der Freiheit wird überraschend groß und von Censur keine Rede sein — und, alle Blätter bis auf zwei unter dem Einfluß der Regierung stehende sollen verschwinden, dagegen der „Moniteur" durch Wohlfeilheit des Preises aller Welt zugänglich gemacht und in jedem Departement ein Regierungsblatt gegründet werden. Hoffen wir, daß dieses letztere Gerücht zu jenen falschen und böswilligen gehört, wogegen sich die „Patrie" erhebt, und sich folgendes dagegen bestätigt. Man ist von dem Plane, die zur Deportation nach Algerien bestimmten Individuen in die Strafanstalt von Lambessa bringen zu lassen, abgekommen; sie sollen vielmehr unter die durch das Decret vom Jahr 1848 geschaffenen Ackerbaucolonieen vertheilt werden. Es heißt, daß ein erster Transport von 400 Personen nach wenigen Tagen abgehen, und daß ein Theil derselben in dem Dorfe Baurkika, der andere in dem Dorfe Ain-Sultan (beide Localitäten sind in der Nähe von Algier gelegen) untergebracht werde. Man fügt hinzu, daß die für Algerien bestimmten Individuen vorzüglich unter den Bauern gewählt werden sollen, welche sich an den Aufständen im December betheiligt hatten, und führt bereits die Summe an ($1\frac{1}{2}$ Million) die für die Einrichtung der neuen Colonisten ausgesetzt worden ist.

** **Paris**, 28. Januar. [Befürchtungen der Engländer. Die Legitimisten und die Confiscation. Vermischtes.] Die hier anwesenden Engländer zweifeln gar nicht mehr daran, daß in dem Geheimen Rathe des Prinzen-Präsidenten der Krieg gegen England beschlossen ist (?), und allerdings sieht Manches ziemlich kriegerisch aus. Man redet von einer Rundreise durch Frankreich, die das Staatsoberhaupt nächstens antreten werde. — Belgische und auch Deutsche Correspondenzen erzählen von der „Schadenfreude" der Legitimisten über die Confiscationsdecrete. Im allgemeinen genommen ist dies eine Unwahrheit. Man kann freilich von den Legitimisten nicht erwarten, daß sie deshalb heiße Thränen weinen, aber mit Ausnahme einiger, welche immer im Vordertreffen standen während der Polemik und dem Streite mit den Orleanistischen Blättern, sprechen sich alle Legitimisten sehr würdig über die Sache aus.

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 31. Januar.

Angekommene Fremde. British Hotel: Se. Durchlaucht der Prinz Peter von Kourakin, Oberst im Garde du Corps-Regiment Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland, aus Petersburg. v. Wickede, Particulier, aus Dalgun. Graf v. Bassewitz, Particulier, aus Dalwitz. — Meinhardt's Hotel: Courvoisier, Kaiserl. Brasilian. Consul, aus Hamburg. Baron v. Maltzahn, Rittergutsbesitzer, aus Pinnow. Baron v. Seckendorf, Rittergutsbesitzer, mit Gemahlin, aus Broock. v. Schöning, Gutsbesitzer, aus Sallenthin. — Hotel du Nord: Baron v. Hammerstein, Gutsbesitzer, aus Gesmold. Baron v. Pestel, Gutsbesitzer, aus Bentheim. — Luz's Hotel: v. Thauvenay, Major im 1. Garde-Regiment zu Fuß, aus Potsdam. — Hotel de Prusse: v. Arnim, Oberst u. Inspecteur sämmtlicher Jäger und Schützen, aus Potsdam. — Dierbach's Hotel. Freifrau v. Spiegel zum Desenberg, aus Halberstadt.

Berlin-Potsdamer Bahnhof. 31. Jan. $6\frac{1}{4}$ Uhr nach Magdeburg: Ihre Excellenzen der Ministerpräsident Frh. v. Manteuffel und der Handelsminister von der Heydt; nach Potsdam: Se. Königl. Hoheit der Prinz August von Württemberg; Generallieut. Graf v. Waldersee. — 9 Uhr nach Potsdam: Präsident der Oberrechnungskammer v. Ladenberg. — $10\frac{3}{4}$ Uhr von P.: Oberpräsident Flottwell.

—n Der gestrige Tag war für das Polizei-Präsidium ein überaus denkwürdiger. Se. Majestät in Begleitung Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen von Preußen, des Prinzen Carl und des Prinzen Albrecht geruhten die Locale des Polizei-Präsidiums in Augenschein zu nehmen. Um $\frac{1}{2}$12 Uhr erschien Se. Majestät und wurde nebst den höchsten Herrschaften empfangen von dem Herrn Minister des Innern, dem Geh. Ober-Regierungsrath Jacobi, dem Polizei-Präsidenten, sowie dem Ober-Regierungsrath und dem Baurath der Behörde. Im Gefolge des Königs bemerkte man die Herren Generale v. Neumann und v. Gerlach, sowie den Herrn Geheimen Cabinetsrath Illaire. Die neuen Baulichkeiten in dem ehemaligen Rentamt Mühlenhof, die in dem Dienstgebäude stationirte Abtheilung der Schutzmannschaft, sowie die berittene Schutzmannschaft, dann die merkwürdigen telegraphischen Einrichtungen und anderweitige darauf bezüglichen Apparate wurden in Augenschein genommen. Auch das Gefangenhaus, welches sich durch treffliche ökonomische Einrichtungen auszeichnet, wurde en detail besichtigt, und die neu eingerichtete Kirche erregte das besondere Interesse Sr. Majestät. Ueber zwei Stunden währte die Besichtigung, der — man darf es mit Recht sagen — kleinen geordneten Welt, welche sich in den weiten Räumlichkeiten unserer hiesigen Polizei-Verwaltung seit den letzten 2 Jahren gestaltet hat, und welche sich, wie die in der Breiten Straße befindliche Feuerwehr, sogar über das Gebiet der Stadtvoigtei hinauszieht. Die Evolutionen der Feuerwehrmannschaft, sowie die auf das Feuerlöschwesen berechneten sehr schwierigen und eigenthümlichen Experimente erfreuten sich ebenfalls der Allerhöchsten und Höchsten Zufriedenheit. Die Offiziere der Schutzmannschaft waren bei der Besichtigung der Abtheilung anwesend. Die höhern Beamten des Polizei-Präsidii wurden sämmtlich Sr. Majestät vorgestellt.

— V Der Geheime Ober-Hofbuchdruckereibesitzer Herr Decker hat von der Bibelausgabe, die derselbe in nur 100 Exemplaren für die Londoner Ausstellung hatte abziehen lassen, kürzlich ein Exemplar, und zwar den sehr gelungenen 17. Abzug der Stadt Basel, dem Geburtsorte seines Vaters, zum Geschenk gemacht. Es ist für das dortige Museum bestimmt. Der kostbare und sinnig angefertigte, mit kunstreichen vergoldeten Beschlägen versehene Einband des Buches ist ein Meisterwerk von Buchbinderarbeit.

— S Die „Wehrzeitung" giebt eine Zusammenstellung der Avancements in der Preußischen Armee im Jahre 1851. Zu Secondelieutenants wurden in der Linie 250, in der Landwehr 549 befördert, verabschiedet wurden 140 Secondelieutenants der Linie und 232 der Landwehr. Zu Premierlieutenants befördert: in der Linie 144, in der Landwehr 79. Verabschiedet in der Linie 28, in der Landwehr 129. Zu Hauptleuten befördert: in der Linie 128, in der Landwehr 42. Verabschiedet in der Linie 58, in der Landwehr 66. Zu Majors befördert: in der Linie 66, in der Landwehr 1. Verabschiedet in der Linie 51, in der Landwehr 12. Zu Oberstlieutenants befördert: in der Linie 19. Verabschiedet in der Linie 2, in der Landwehr 5. Ferner in der Linie zu Obersten befördert 67, verabschiedet 13. Zu General-Majors befördert 17, verabschiedet 6. Zu General-Lieutenants befördert 9, verabschiedet 6. In demselben Zeitraum sind außerdem von der Landwehr zur Linie übergetreten: Bei der Infanterie 19 Secondelieutenants, 1 Premierlieutenant und 1 Hauptmann, bei der Cavallerie 3 Secondelieutenants und bei der Artillerie, so wie bei den Ingenieuren 1 Secondelieutenant. Von verabschiedeten Offizieren wurden wieder angestellt: 1 General-Lieutenant und 1 Premierlieutenant der Cavallerie, so wie ein Major der Infanterie als Platz-Major; bei den neu organisirten Invaliden-Kompagnieen 1 Secondelieutenant und 2 Premierlieutenants der Infanterie, 1 Premierlieutenant der Artillerie und 1 Rittmeister der Cavallerie; bei der Landwehr aber 18 Secondelieutenants, 3 Premierlieutenants, 3 Hauptleute, 13 Majors und 3 Oberst-Lieutenants der Infanterie, 9 Secondelieutenants, 3 Premierlieutenants und 2 Rittmeister der Cavallerie, so wie 1 Secondelieutenant der Artillerie.

— V In der Rheinprovinz und Westphalen geschehen jetzt Collecten, um in dem hier in der großen Hamburgerstraße im Bau begriffenen großen katholischen Krankenhause eine eigene Station für Rheinländer und Westphalen zu stiften.

— S Unter den Sculpturwerken, die im Sommer aus hiesigen Ateliers zur Londoner Ausstellung gesandt wurden, befand sich auch eine Gruppe des Bildhauers Jul. Franz: ein Hirte im Schlaf von einem Leoparden überfallen und mit seinem Hunde sich dagegen vertheidigend. Der noch junge Künstler hat jetzt das Thon-Modell zum Guß vollendet, und ist dasselbe in seinem Atelier ausgestellt. — Eine eigenthümliche Erscheinung ist es übrigens, daß in den neueren Werken der Plastik gerade wieder die Thiergruppen so zahlreich und von künstlerischer Bedeutung geworden sind.

— S An den mit Genehmigung des Polizei-Präsidiums und unter seiner Aufsicht stehenden hiesigen 41 Kranken- und Sterbekassen betheiligten sich im vergangenen Jahre 57,081 Personen. Sterbefälle kamen 1635 vor mit einer Versicherungssumme von 50,454 Thlrn. An Krankengeld wurden außerdem bezahlt 13,064 Thlr.

— V Vor einiger Zeit erklärte ein hiesiger Einwohner jüdischer Religion einem evangelischen Geistlichen, daß er beabsichtige, zur evangelischen Kirche überzutreten. Der Geistliche erklärte sich zum Unterricht und späterer Taufe des Proselyten bereit, erfuhr aber im Laufe der Unterredung, daß derselbe mit einer Jüdin verheirathet sei, und machte ihn deshalb darauf aufmerksam, daß eine Ehe zwischen Juden und Christen vor dem Gesetze ohne rechtliche Folgen bleibe und stellte ihm die fernere Erwägung dieses Punktes anheim. Der Proselyt besprach sich nun mit seiner Ehefrau, die aber ihren Uebertritt zur christlichen Kirche entschieden verweigerte, worauf der Ehemann, dem der Uebertritt Bedürfniß geworden war, klagbar bei dem Stadtgerichte auf Trennung der Ehe und zwar aus dem angegebenen Grunde wurde. Die Justizbehörde hat diese Ehescheidungsklage indeß zurückgewiesen, da die Weigerung seiner Ehefrau, zur christlichen Kirche überzutreten, gesetzlich keinen Ehescheidungsgrund darstelle.

— • Die projectirte neue Zeitungssteuer hat die gesammte Deutsche Presse begierig gemacht, diesen Projectmacher, ihren allgemeinen Wohlthäter, kennen zu lernen. Wenn er auch noch nicht bestimmt bekannt ist, so scheint, um mit Fingern auf ihn zeigen zu können, doch der Fingerzeig zu genügen, daß dem Projecte die Absicht zu Grunde gelegen haben soll, die gesammte Deutsche Presse mit der Zeit auf die Preußische Adler-Zeitung, also auf die Blätter zu beschränken, deren Steuer aus den „geheimen Fonds" bezahlt wird und überhaupt das „Centrum" der ganzen Deutschen Presse künftig auf einen kleinen Punkt zu concentriren.

!—! Herr Lette hat an die „Faule Grete" erinnert, um durch einen recht knallenden Grund dem Abg. von Dramburg zu beweisen: daß der Preußische Staat nicht aus dem Boden des Feudalismus erwachsen sei. Wenn das wäre, „dann müßte die Geschichte Preußens eine Lüge sein." Aber was würde unser Lette sagen, wenn die ganze Geschichte von der „Faulen Grete" eine Lüge wäre? Es ist freilich wahr: faul Gretchen paradirt in allen Brandenburgischen Geschichten, die Einer dem Andern auf gut Glück nachgeschrieben hat. Aber eben so wahr ist es: daß die echten Quellen der Vorzeit nirgendwo dieser vielgenannten „faulen Grete" gedenken. Sogar ein ziemlich ächt-constitutioneller Historiker wie Riedel hat zugestanden, daß diese Grete sehr fabelhafter Natur sei. Sie ist nichts anders als die Erfindung eines späteren Chronikschreibers, der, weil er nicht das Pulver erfunden, wenigstens ein Ungethüm von Donnerbüchse erfinden wollte. Wenn also der Besprecher des Feudalismus nichts Besseres von der Preußischen Geschichte anzuführen weiß, als die „faule Grete", so erscheint die Geschichte wirklich — faul. Und sothaner muthmaßlicher parlamentarischer Knall-Effect kann höchstens ein Auditorium von der einsamen Pappel mit Bewunderung der selten vaterländischen Geschichtskunde des Sprechers erfüllen.

!—! „Mitten in unser Herz hineingetrieben einen Keil durch Hessen hindurch." Das, wie Graf Dyhrn gesagt, unsere Lage 1851. Es fragt sich nur, ob es nicht unparlamentarisch ist, sich auf solche Weise in der hohen Kammer zu — keilen?

— S Herr Baumstark erschöpfte gestern Alberti's neueste Auflage in Complimenten über die klare Durchsichtigkeit und vollkommene Logik der Rede seines märzministeriellen Vorgängers. Bei solcher Anerkenntniß der Partei finden wir es eigentlich sehr undankbar, daß diese Logik fast zwei Monate lang die Freunde im Stich lassen konnte.

— V Ein als starker Trinker bekannter hiesiger Residenzbewohner schlug sich fallend am vergangenen Dienstag in die Stirne ein Loch und klebte ein schwarzes Pflaster darüber. Am Mittwoch — bekanntlich dem Tage nach dem Nebel — fragte ihn ein Freund: „Woher die Wolke auf der Stirn?" — „Die ist vom gestrigen Nebel!" lautete die lallende Antwort.

— S Die so viel besprochene Thomas'sche Erbschaft, wozu sich über 800 Prätendenten gefunden haben, besteht in 3 Grundstücken in Berlin, deren Werth von hypothekarischen Schulden frei ist und fast 200,000 Thlr. beträgt; außerdem in 100,000 Thlr. pupillarischen Hy-

Möglich, daß es von ihnen nicht so gemeint ist, denn der Haß und die Verachtung gegen das Haus Orleans ist größer, als man glaubt, aber in ihren Auslassungen tragen sie den Convenienzen Rechnung, und was das Geld betrifft, so muß man es den Legitimisten selbst feindlicher Seits zugestehen, daß sie sich in dieser Beziehung stets als echte Cavaliere gegen die Orleans gezeigt haben. Sie waren stets die Vertheidiger des Eigenthums ihrer Feinde, Berryer's glänzendes Wort hat es mehrmals gerettet, sie haben das Witthum der Herzogin von Orleans votirt, obgleich sie wußten, daß diese Dame damit den „Massager de l'Assemblée" unterhielt, der sie täglich mit Hohn und Spott überhäufte. — Sollte es, was ich aber nicht glauben kann, wahr sein, daß die Regierung eine Reculade in der Confiscations-Angelegenheit beabsichtigt, so können Sie davon versichert sein, daß es wegen der **Armee** geschieht. Unter den höheren Offizieren hat die Confiscations-Maaßregel viel Unwillen erregt. — Der Zufall führte mich gestern in eine Gesellschaft von Pariser Kaufleuten und Fabrikanten. Es herrschte nur eine Stimme darüber, daß es mit den Geschäften trauriger als je steht. Ein Bonapartist äußerte gestern in meiner Gegenwart, als man den Prinzen-Präsidenten wegen der Confiscation tadelte: „Wenn Sie, so wie wir, über die Intriguen der Orleans unterrichtet wären, so würden Sie diese Maaßregel sehr natürlich finden!" Was er von diesen Intriguen wußte, sagte er freilich nicht, doch kann man im Punkte des Intriguirens von den Orleans immer noch die Hälfte mehr glauben, als ihnen nachgesagt wird. — Der heutige „Moniteur" meldet: „Der Prinz Präsident hat von Sr. Majestät dem Könige von Sardinien das Abberufungsschreiben des Grafen Gallina als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers empfangen. Dieser Letztere hat ihm das Schreiben überreicht. In derselben Audienz hat der Ritter Provana de Collegno dem Prinzen sein Beglaubigungsschreiben als Nachfolger des Grafen Gallina übergeben. Außerdem enthält der „Moniteur" eine Reihe von Decreten über innere Angelegenheiten, u. a. über Autorisation einer Eisenbahngesellschaft für die Westbahn. — Das „Pays" spricht auch seine Zufriedenheit über die Abschaffung des Handels und Ackerbauministeriums aus, das, wie es meint, mehr geschadet als genutzt habe und dessen Nützlichkeit nie bewiesen worden sei. — Das „Univers" erhebt sich gegen die Repressivmaaßregeln, die man gegen das Betteln und die Bettler ergriffen habe und noch ergreifen wolle. Die Verwaltung darf nach dem katholischen Blatte nicht interveniren, sondern muß es der Geistlichkeit überlassen, den Armen Unterstützung zu verschaffen und die Reichen zum Geben aufzufordern. — Der Empfang Montalemberts in der Französischen Akademie soll jetzt definitiv auf den 5. Februar festgesetzt sein. — Die Wappenmaler haben seit dem Decret über die Wiederherstellung der Adels-Titel sehr viel zu thun. —

Paris, Freitag, 30. Januar. (T. C.-B.) **Im heutigen „Moniteur" wird die Freigebung derjenigen Verhafteten angeordnet, die nur als irregeführt zu betrachten sind. Es ist noch ungewiß, zu welcher Zeit die Wahlen für das Corps legislatif stattfinden werden.**

Großbritannien.

8 **London**, 28. Januar. [Lord Stanley.] Man liest in dem radicalen „Morning Advertiser": „Wir nehmen keinen Anstand das Land in Kenntniß zu setzen, daß der Graf von Derby (Lord Stanley) nicht nur bereit ist, in's Ministerium zu treten, sondern daß er sogar mit Zuversicht erwartet, von der Königin den Auftrag zur Bildung eines neuen Cabinets gegen die Mitte des nächsten Monats zu erhalten. Der edle Graf hegt in dieser Hinsicht nicht den mindesten Zweifel und hat schon im Voraus ein Ministerium zusammengebracht, dessen Mitglieder er jeden Augenblick zu nennen im Stande ist (??). — Die neue Toryverwaltung, mit welcher der Graf v. Derby die Geschäfte zu übernehmen gedenkt, soll aus den folgenden Personen zusammengesetzt sein: der Herzog v. Montrose, der Marquis v. Exeter, der Graf Malmesbury, der Marquis v. Salisbury, Lord Burleigh, Herr Disraeli, Herr Herries, Major Beresford, Herr Newdegate, Capitain Wyse und Sir Charles Knightley.

Italien.

Turin, Dienstag, 27. Jan. (T. C.-B.) **Heute soll die Preßgesetzcommission ihren Bericht der Abgeordnetenkammer erstatten. Man vermuthet, der gesammte ministerielle Vorschlag solle verworfen werden; dagegen solle die Regierung zu einem neuen Gesetzesvorschlage aufgefordert werden.**

Neapel, 20. Jan. [Ministerwechsel.] Marchese Fortunato ist entlassen und Ritter v. Troya hat statt seiner das Präsidium übernommen. Caraffa di Traetto hat provisorisch das Portefeuille des Aeußern erhalten, und der Generalprocurator des hohen Gerichtshofes in Terra di Lavoro, Pasquale Governa, ist zum Polizeipräfecten ernannt worden. Letzterer Posten war seit langer Zeit vacant.

Belgien.

Brüssel, 28. Jan. [Diplomatie.] Der „Independance" zufolge ist Hr. Quinette, bisheriger Französischer Gesandter zu Brüssel, in Disponibilität versetzt und an seiner Stelle der Herzog von Bassano ernannt. Die Abberufung des Hrn. Quinette wird hier lebhaft bedauert. Herzog v. Bassano bekleidete in früheren Jahren acht bis zehn Jahre lang den Posten eines ersten Gesandtschafts-Secretairs und ist zugleich mit mehreren der ersten Belgischen Familien verwandt. Die „Independance" bemerkt daher, daß Louis Napoleon schwerlich eine Belgien willkommenere Wahl hätte treffen können.

Nord-Amerika.

New-York, Sonnabend, 17. Januar. (T. C.-B.) **Der Russische und Oesterreichische Gesandte haben gegen den Präsidenten wegen der Aufnahme Kossuths remonstrirt.**

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Sonnabend, 31. Januar. Eröffnung der Sitzung 12¼ Uhr. Präsident: Graf Schwerin. — Am Ministertisch: v. Westphalen, v. Bodelschwingh. — Auf der Tagesordnung 1) der Bericht der Commission über den dringenden Antrag des Abg. Scherer und Genossen, vom 27., die Wiederaufhebung eines **Beschlusses betreffend; 2) Bericht der Finanz-Commission über** den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 21. Januar 1849 wegen anderweitiger Vertheilung, resp. Aufhebung des in der Rheinprovinz zu entrichtenden Beitrages zu den Kosten der Justizverwaltung.

Nach Verlesung des Protocolls bittet der Präsident, daß, wenn einzelne Redner ihre von den Stenographen der Kammer nachgeschriebenen Reden zur Correctur mit nach Hause nähmen, sie dann diese Reden nicht sofort dieser und jener Zeitung zustellen, sondern die Mittheilung derselben durch den stenographischen Bericht abwarten möchten. Die Kammer geht zum Antrage Scheerer über, hinsichtlich dessen, wie wir gestern bereits mitgetheilt, die Commission Uebergang zur Tagesordnung vorschlägt. Nachdem sich die Abgeordneten Brauchitsch, v. Kleist, Graf Arnim gegen, und die Abgeordneten von Vincke und von Auerswald, sämmtlich vom Platze aus, für den Commissions-Antrag erklärt, und der Abg. Scherer noch seinen Antrag vertheidigt, spricht sich der Berichterstatter gegen denselben als „unnöthig und zeitraubend" aus. Für einfache Tagesordnung erheben sich 131, dagegen 124 Mitglieder. Es erfolgt nun Namensaufruf, und das Resultat desselben ist, daß für den Commissions-Antrag 132 Abgeordnete, **gegen** denselben 124 Abgeordnete stimmen, womit der Commissions-Antrag angenommen ist. (2 Uhr.) (Schluß der Sitzung im nächsten Blatte.)

Kirchlicher Anzeiger.

Am Sonntage, den 1. Februar, predigen in sämmtlichen Kirchen der deutschen Gemeinden. Innerhalb der Stadt: Parochialkirche. Vormitt. Arndt. Nachm. Kirsch. — St. Nicolaik. Vorm. Eyssenhardt 8 Uhr. (Beichte u. Abendmahl.) Vorm. Müllensiefen aus Cöthen 9 Uhr. Nachm. Consist.-Rath Dr. Pischon 2 Uhr. — Klosterk. Vorm. Schweder 11 Uhr. — Marienk. Vormitt. Lisco 9 Uhr. Nachmitt. Berduschek 2 Uhr. — Heilige-Geistk. Vormitt. Cand. Fink 12 Uhr. — Garnisonk. Vormitt. Divisionspred. Licent. Strauß 10 Uhr. (Evangel.-lutherische Gemeinde.) Vorm. Super. Lasius 12 Uhr. — Waisenhausk. Vorm. Schmidt. Nachm. Weitling. — St. Georgenk. Vormitt. Loos. Nachm. Dr. Couard. — Sophienk. Früh 7 Uhr Beichte und Abendmahl. Vormitt. Ideler. Nachm. Super. Schultz. (Im Hörsaale der Thierarzneischule:) Vormitt. Consist.-Rath Dr. Lehnerdt 9 Uhr. — Domk. Vorm. Helm 7 Uhr. (Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.) Vorm. Bischof Dr. Neander 9 Uhr. Vormitt. Ober-Hofpred. Dr. Ehrenberg 11 Uhr. Nachm. Blanck 2 Uhr. — St. Gertraudtk. Früh 7 Uhr Beichte und Abendmahl. Vormitt. Dr. Lisco 9 Uhr. Nachm. Cand. König 4 Uhr. Abends 6 Uhr Dr. Krummacher, Mission für China. — Louisenstadtk. Vorm. Superint. Hetzel 9 Uhr. (Früh 8½ Uhr Beichte.) Nachm. Noël 2 Uhr. — Friedrichs-Werderk. Früh 7½ Uhr Communion. Orth. Vorm. Noël 9 Uhr. Nachm Orth 2 Uhr. — Hofgerichtsk. Vormitt. Bultmann 11 Uhr. — Dorotheenk. Vorm. Vater 7½ Uhr. (Communion.) Vormitt. Brunnemann. Nachmitt. Vater. — Jerusalemsk. Vormitt. Bräunig 7 Uhr. (Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.) Vorm. Deibel 9 Uhr. Nachm. Cand. Dr. Alexis Schmidt 2 Uhr. — Neuek. Vorm. Sydow 10 Uhr. (Nach der Predigt Abendmahl. Sonnabend Nachmittag 2 Uhr Beichte.) Nachmitt. Ober-Consist.-Rath Dr. Marot 2 Uhr. — Dreifaltigkeitsk. Vormitt. Cand. Sörensen 8 Uhr. Vormitt Superint. Kober 10 Uhr. (Nach der Predigt Abendmahl Sonnabend 1 Uhr Beichte.) Nachm Consist.-Rath Beneke 2 Uhr. — Böhmischek. Vorm. Köppe 10 Uhr. Nachmitt. Knak 2 Uhr. — Chariték. Vorm. Lic. Steinmeyer 10 Uhr. — St. Jakobik. Vorm. Mühlmann 9 Uhr (8½ Uhr Beichte) Nachm. Hülfspred. Kollatz 2 Uhr. Abends 6 Uhr Bachmann. — Diakonissen-Bethaniak. Vormitt. Schultz 10 Uhr. Nachm. Schultz 3 Uhr. — Fr.-Wilh.-Hospitalk. Vorm. Berner 10 Uhr. — In den Vorstädten: Invalidenhausk. Vorm. Hülfspred. Hanstein 9 Uhr. (Früh 8 Uhr Beichte und Abendmahl.) Nachm. Seidig 2 Uhr. — St. Elisabethk. Vormitt. Kuntze 9 Uhr. Nachmitt. Kuntze 3 Uhr. — St. Johannisk. Vorm. Seidig 9 Uhr. Nachm. Hülfspred. Hanstein 2 Uhr. — Nazarethk. Vorm. Blume. — St. Paulsk. Vormitt. Feldpr. Schultze 10 Uhr. (Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.) Nachmitt. Feldpr. Schultze 2 Uhr. — St. Matthäik. Vormitt. Consist.-Rath Büchsel 9 Uhr. Nachmitt. Consist.-Rath Büchsel 3 Uhr.

Gottesdienst in der Kapelle der Baptisten-Gemeinde (Schmiedstraße). Vorm. 9 Uhr Gülzau. Nachm. 4 Uhr Gülzau. Donnerstag Abend 8 Uhr Weise.

potheken und 200 — 250,000 Thlr. in Pfandbriefen und Bankobligationen. Die Entscheidung über die Erbschaftsberechtigung ist neuerdings wieder in weite Entfernung gerückt.

— V Die Erleuchtung der außerhalb der Stadtthore belegenen Stadttheile mit Gas schreitet rasch vor. Namentlich ist dies in den letzten Wochen, in denen die milde Witterung die Erdarbeiten beförderte, vor dem Oranienburger und Hamburger Thor geschehen. Auch der Stettiner Eisenbahnhof soll in nächster Zeit endlich dieser erleuchtenden Wohlthat theihaftig werden.

— S „Allgemeine Heiterkeit" erregt bei namentlichen Abstimmungen in der Ersten Kammer immer der Namensaufruf des Abgeordneten v. Usedom. Die sämmtlichen verschiedenen Fractionen einigen sich dann zu dem einstimmigen schmerzlichen und donnernden Ruf „In Rom!" und eine einzelne Stimme frägt „Wie lange?"

— V In München hat man, nachdem bereits dort die colossalste Bildsäule der Welt, die bekannte Bavaria, ihren Platz gefunden, den Guß einer neuen Bildsäule dieses Namens vollendet. Dieselbe wird ihren Platz auf der Spitze des den nördlichen Eingang zur Stadt bildenden Siegesthors erhalten. 200 Centner waren zum Gusse nöthig, der wohlgelungen ist.

—? Am 29. d. M. spielte der Kellner Z. mit einer Papierscheere, indem er dieselbe auf dem Finger herumdrehte. Die Scheere flog ab und mit der einen Spitze dem Z. in den rechten Fuß. Die hierauf erfolgte Blutung war so stark, daß sie selbst durch einen herbeigerufenen Wundarzt nicht gestillt werden konnte. Z. mußte nach der Charité befördert werden.

— Der hiesige Banquier Boeckler hat sich gestern Nachmittag auf dem Boden seiner Wohnung erhängt. Die gegen ihn vor kurzer Zeit geführte Untersuchung und das in Folge derselben erlassene, wenn auch noch nicht rechtskräftige Erkenntniß, mag doch in so fern die Ursache zu diesem unglücklichen Schritte gewesen sein, als dadurch sich viele seiner Geschäftsfreunde veranlaßt fanden, ihre Verbindungen mit demselben abzubrechen und demgemäß die bei ihm liegenden Gelder und Effecten zurückzufordern.

— V Dem Buchhändler Simion ist nach Schließung seines Geschäfts, Seitens der Behörde, gestattet worden, die in seinem Verlage erschienene „Jugendbibliothek" von Gustav Nieritz und den „Volkskalender" von Steffens ferner zu expediren.

— V Der Russische Naturforscher Trubezkof hat dem Pariser Jardin des plantes ein sehr merkwürdiges Thier geschenkt, das er „Simiaskof" nennt. Dasselbe hat einen der Tigerkatze ähnlichen Kopf, auf dem Halse aber eine Löwenmähne, die sich starr aufsträubt, wenn das Thier gereizt wird. Das Auge des Thiers ist feurig, der Ton, den es von sich giebt, gleich einem starken Katzen-Miau. Von rückwärts angesehen, gleicht diese „Katze" einem „Affen." Trubezkof hat es aus Circassien mitgebracht. Man erinnert sich in Europa nur einmal ein solches Thier gesehen zu haben, das der Jardin des plantes im Jahre 1832 besaß, es aber bald durch den Tod verlor.

— V In Folge einer Oesterreichischen Zeitungs-Nachricht hatte Zuschauer vor wenigen Tagen den unermüdlichen Sträußchenspender Döbler, den fingerfertigen Escamoteur, sterben lassen. Döbler zeigt nun in einem andern Oesterreichischen Blatte an, daß er sich sehr gesund befinde und wohlbehalten auf seiner Besitzung Klafterbrunn bei Lilienfeld in Steyermark lebe.

— S Die von der Post unterhaltenen verschiedenen Dampfschiffs-Course haben sich bisher sehr gut rentirt und dürften bei der beabsichtigten neuen Regulirung noch einträglicher werden. Der jährliche Ertrag betrug bisher c. 127,000 Thlr., wovon allein 56,000 Thlr. auf die Personenfracht und 45,000 Thlr. auf Güterfracht der Dampfschiffe zwischen Stettin und Petersburg kommen. Die Seepost zwischen Stettin und Kopenhagen bringt 10,800 Thlr. Personenfracht, die zwischen Stralsund und Ystadt 7000 Thlr.

— V In Oesterreich ist verordnet, daß Schullehrern und Handwerkern keine Jagdkarten verabfolgt werden sollen; „die Leute könnten was Besseres thun, als dem Müssiggang und den Hasen nachjagen." — Zur Nachahmung empfohlen auch anderwärts, wo es Noth thut.

— f Die „Independance Belge" berichtet: In Berlin habe man bei Herrn Fialin (gen. de Persigny) „la finesse de son intuition et l'aménité de son caractère" bewundert. Wie doch Alles den armen Berlinern aufgebürdet wird.

— D Einem Arbeiter in Hamburg wurde eine Geige zur Besorgung übergeben. Von sachverständiger Seite wurde ihm bedeutet, das schlichte Instrument wäre eine echte Amati-Geige im Werthe von 2000 Mark. Er brannte nunmehr mit derselben durch. Der Polizei ist es bereits gelungen, den Thäter, der über den Werth des Instruments vermuthlich getäuscht worden, zur Haft zu bringen.

— D Die Ackerbürger in Hamburg leisten in der Oekonomie Unglaubliches. In diesem Jahre sind die Häringe en masse in die Stadt eingeführt, so daß ihre Consumtion der Republik nicht möglich wird. Wie ein dortiges Blatt versichert, gebrauchen die Ackerbürger ganze Wagen dieser „edlen" Fische zum — Düngen. — Unsere Oekonomen möchten sich schwerlich zu dieser Weise des Düngens bekennen. Uebrigens giebt dies für einen Hauptredner der Ersten Kammer wieder ein hübsches ökonomisches Thierbild.

— D Auf einer Station der Sächsisch-Baierischen Eisenbahn stellte sich bei dem Bahnwärter eine Jagdgesellschaft ein und vermochte ihn mit Geld und guten Worten, ihnen einen jener kleinen Wagen zu überlassen, deren sich die Eisenbahn-Arbeiter zu Verrichtungen auf der Bahn bedienen und die mittelst großer Stangen von den Darinsitzenden auf den Schienen fortgeschoben werden. — Die Gesellschaft brachte auf ihrer Eisenbahntour längere Zeit zu, als der bestochene Bahnwärter vermuthen mochte. Plötzlich vernahmen sie in ihrem Rücken das Schnauben eines Dampfrosses; die Nähe der Gefahr gab ihnen die vollste Nüchternheit wieder, sie sprangen kopfüber aus dem Wagen, der sogleich von dem Dampfer in Stücke zermalmt wurde. Der Bahnwärter ist wegen dieser gewissenlosen Uebertretung zur Untersuchung gezogen.

— D Si non é vero, é ben trovato. Die Amerikanischen Blätter berichten Folgendes: Der Capitain eines Amerikanischen Schiffes, d'Auberville, landete an der Afrikanischen Küste gegenüber Gibraltar und ließ Ballast laden. Ein Matrose nahm ein Felsstück auf, dessen außerordentliche Leichtigkeit ihm auffiel. Man hielt es Anfangs für ein Stück Bimsstein, entdeckte aber nach Ablösung des Muschelüberzugs, der das Stück ganz überwachsen, daß der Kern aus einem Tönnchen von Cedernholz bestand, das eine mit Harz überzogene Cocusnuß enthielt. In dieser Nuß fand sich ein mit gothischen Charakteren beschriebenes Pergament. In Spanien trieb man einen Armenischen Alterthumsforscher auf, und dieser übersetzte die seltsame Schrift. Diese trug die Unterschrift „Christoph Columbus" mit dem Datum 1493 und besagte, daß der Unterzeichnete das neue Indien gefunden habe, auf der Rückreise begriffen sei und wegen des schlechten Zustandes seiner Schiffe verzweifle Spanien zu erreichen.

— V Auf der Londoner Gewerbe-Ausstellung machte ein colossales Stück Sohlenleder großes Aufsehen. Noch mehr aber die dem Britischen Stolze schmeichelnde Antwort: „Von einem inländischen Ochsen verfertigt."

— V Es existirt hier in Berlin ein hyper-höflicher Hotelwirth, von dessen Gewandtheit im Ausdruck wir schon früher Proben gegeben. Neulich fragte ihn Abends ein Gast des Hauses, was es zu essen gebe? Der höfliche Wirth erwiederte, daß er mit „unterthänigstem Zander" und „gehorsamstem Hasenbraten" aufwarten könne.

— n Im Englischen Familienleben der niedern Klassen sind die Beweise ehelicher Zärtlichkeit nichts Seltenes, wie die Polizei- und Criminal-Courts alle Tage beweisen, aber so schlagende Beweise von Liebe, wie neulich eine Frau in Newhampshire ihrem Gatten gab, sind doch etwas außergewöhnlich. Der Herr Gemahl hatte sie übel tractirt und sich dann ins Bett gelegt, um sich von seinen Strapazen zu erholen. Während er nun mit dem Gefühle eines guten Gewissens tief schlief, nähte ihn die Gemahlin leise und zärtlich fest in die wollene Bettdecke ein und drasch ihn dann fürchterlich durch (gave him a tremendous thrashing).

— n In nichts sind die Engländer so schwach, als in ihren Doctoren und Pillenmachern. Aber zwischen den Halloway's, Sloane's und Morrison's, die jeder mit nur allein seinen Pillen alle Krankheiten heilen, war neulich ein Doctor angezeigt, der bloß 50,000 Menschen ohne alle Medicin geheilt hatte, und bloß allein durch sein, nur bei ihm zu habendes „revalenta Arabio food". Als Beweis gab er die 47,121. Cur als Probe zum Besten.

— V In Nordamerikanischen Blättern watschelt eine „Ente" auf neuerfundenen Schuhen herum. Ein dortiger Schuster, James Casson, soll nämlich in Philadelphia eine Fußbekleidung erfunden haben, die er „Boleros" nennt, und mit welchem man Sprünge von 4, 6 bis 8 Fuß, Schritte von 9 Fuß und demnach tägliche Fußtouren von 20 — 25 Deutschen Meilen ohne Anstrengung machen kann. Man bedenke: acht Fuß hohe Sprünge! Dagegen muß Franklin bei Dejean selbst die Segel streichen. Ueber die nähere Einrichtung dieser Fünfundzwanzig-Meilen-Schuhe, die Geschwisterkind mit den Peter Schlemihl'schen Siebenmeilenstiefeln zu sein scheinen, erfahren wir nur, daß sie von Federharz gemacht sind und 2 — 3 Zoll dicke elastische Sohlen haben sollen. Wie schwebend wird sich der Gang eines gewissen Redners machen, wenn diese Fußbekleidung erst in Aufnahme kommt. In New-York sind Versuche mit diesen Spring-Schuhen gemacht worden, und der Director des Broadway-Theaters hat ein neues Ballet: „Die Heuschrecken" componiren lassen, in dem diese Schuhe gebraucht werden sollen.

§ Königliches Theater. Shakespeare's „Kaufmann von Venedig", der heute und morgen neu einstudirt gegeben wird, war ziemlich lange dem Repertoir entfremdet. Die letzte Vorstellung desselben war am 8. Januar 1848. Herr Döring wird den Shylok spielen; Frau Hoppé die Porzia und Herr Grua den Antonio. — Wir können es nur rühmen, daß man einer Shakespeare'schen Dichtung die Aufmerksamkeit einer so schnellen Wiederholung angedeihen läßt: die Verwaltung ehrt sich selbst am meisten durch Bevorzugung klassischer Werke. Wie Shakespeare, Goethe und Schiller, so ist auch Lessing auf dem Repertoir heimisch: am Geburtstage des Dichters (am 22. Januar) sahen wir seine „Emilia Galotti", am 9. December v. J. seinen „Nathan" und am 3. November v. J. seine „Minna von Barnhelm".

— 8 Das Sommertheater im Kroll'schen Local wird für dieses Jahr Director Martini in Deßau mit seiner Gesellschaft übernehmen.

Die Einlösung der bis Weihnachten 1851 fälligen Ost-Preußischen Pfandbrief-Zins-Coupons findet vom 16. bis Ende Februar d. J. Vormittags von 9 — 12 Uhr gegen, nach den Kapitals-Beträgen zu ordnende, Verzeichnisse bei mir statt.
Berlin, den 1. Februar 1852.
Der Ostpreußische General-Landschafts-Agent
Commerzienrath F. W. Behrend,
Neue Schönhauserstr. Nr. 9.

Familien-Anzeigen.

Verbindungen.

Unsere am gestrigen Tage in Stettin vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unseren Freunden hiermit ergebenst an.
Berlin, den 1. Februar 1852.
Eduard Meißner,
Therese Meißner,
geb. Suffert.

Hr. H. Hartkaes mit Frl. Pauline Ortlepp hiers.; Hr. C. Gericke mit Frl. Emilie Wiegand hiers.

Geburten.

Eine Tochter Hrn. Stadtgerichts-Secretair Möser hiers.; Hrn. F. Collin zu Kleinow.

Todesfälle.

Am 22. d. Mts. starb in Graudenz an den Folgen des Typhus der Seconde-Lieutenant Hermann von Knebel. Das unterzeichnete Corps verlor in dem dahingeschiedenen Kameraden einen tüchtigen Offizier.
Bromberg, den 29. Januar 1852.
Das Offizier-Corps des 21. Infanterie-Regiments.

Seiner am 28. October vor. J. verstorbenen 77jährigen Mutter, Jeanette Adolphine von Reibnitz geb. von Meyer zu Knonow, folgte am 28. d. Mts., Abends 8½ Uhr, ihr ältester Sohn, ihr langjähriger treuer Pfleger, Hermann Benno Willibald von Reibnitz auf Zilmsdorff im 55. Lebensjahre in das Jenseits. Allen seinen vielen Freunden und Bekannten zeigen dies tief betrübt, um stille Theilnahme bittend, hierdurch ergebenst an
Zilmsdorf, den 29. Januar 1852.
die Hinterbliebenen.

Hr. Tischlermeister Hagenow hiers.; Hr. Inspector Fuchs hiers.; Hr. Secretair Eccardt hiers.; Frl. Eveline Hildebrand hiers.; Hr. Lehrer Neumann hiers.; Hr. Zolleinnehmer Kunze zu Putlitz; Frau Ottilie Schulz zu Prenzlau; Hr. Gymnasial-Lehrer Sommer in Conitz; Hr. Reg.-Calcul. a. D. Hermes in Breslau; Hr. Maler Linkhusen in Breslau; Hr. Oberstlieutenant a. D. Block in Neisse; Frau Universitäts-Secret. Nadbyl geb. Grünig in Breslau; Frau Hauptmann Pohl geb. Galli in Weitz.

Königliche Schauspiele.

Sonnabend, den 31. Januar. Im Schauspielhause. 28ste Abonnements-Vorstellung. Neu einstudirt: Der Kaufmann von Venedig. Schauspiel in 5 Abtheil., von Shakespeare, übersetzt von A. W. Schlegel.

Sonntag, den 1. Februar. (17te Vorstellung.) Im Opernhause: Ein Feldlager in Schlesien, Oper in 3 Akten, in Lebensbildern, aus der Zeit Friedrichs des Großen, von L. Rellstab. Musik von G. Meyerbeer. Tänze von Hoguet. — Mittelpreise. Anfang 6 Uhr.

Im Schauspielhause. Mit aufgehobenem Abonnement. Der Kaufmann von Venedig. Schauspiel in 5 Abtheilungen, von Shakespeare, übersetzt von A. W. Schlegel. Anfang ½7 Uhr.

Montag, den 2. Februar. Im Schauspielhause. (29ste Abonnementsvorstellung.) Der geheime Agent und das Landhaus an der Heerstraße.

Dienstag, den 3. Februar. Im Opernhause. (18. Vorstellung.) Lucrezia Borgia. — Mittelpreise.

In Potsdam. Der Nasenstüber, und: Das Landhaus an der Heerstraße.

Der Billet-Verkauf zu der Dienstags-Vorstellung im Opernhause beginnt erst Montag den 2. Februar.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.

Sonntag, den 1. Februar. Zum Erstenmale wiederholt: Rippenstöße, oder: Wer ist der Rechte? Posse in 2 Aufzügen, nach dem Französischen, von Flerr. Vorher zum 1sten Male wiederholt: Ein ruhiger Tag, Lustspiel in 1 Aufzug nach dem Englischen von L. v. Alvensleben. Zum Schluß: Indienne und Zephirin, Vaudeville-Posse in 1 Aufzug von F. W. Zierath. Preise der Plätze: Fremdenloge 1 Thlr. 10 Sgr. ꝛc. Die freien Entreen sind ohne Ausnahme nicht gültig. Anfang 6 Uhr.

Montag, den 2. Februar: Der Waffenschmied, komische Oper mit Tanz in 3 Aufzügen. Musik von A. Lortzing. Im 2. Aufzuge: Polka, getanzt von Fräul. Mejo und Herrn Nieselt. Preise der Plätze: Fremdenloge 1 Thlr. 10 Sgr. ꝛc. Anfang 6½ Uhr.

Dienstag, den 3. Februar. Zum Erstenmale: Kislack, Lustspiel in einen Aufzug von Förster. Hierauf zum 3. Male: Rippenstöße. Zum Schluß: Der Sänger und der Schneider, komische Operette in einen Aufzug von F. v. Drieberg.

Für die Samariter-Herberge zu Horburg sind ferner eingegangen:

Von Carl Ludwig Albrecht und Julius S. in Berlin 1 Rt. Von dem Nähverein für innere Mission in Anclam mit dem Motto: „Sammelt fröhlich, gebet selig." 5 Rt. 10 Sgr. Summa 6 Rt. 10 Sgr. Mit Hinzurechnung der früheren Beträge 214 Rt. 15 Sgr.

Börse von Berlin, den 31. Januar.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiw. Anleih.	5	102½ bez.	Pomers. Pfdb.	3½	97½ bez.
St. do. v. 1850	4½	101½ bez.	Groß. Pos. do.	4	103 bez.
do. do. v. 1852	4½	101 bez.	Groß. Pos. do.	3½	94½ B.
St. Schuldsch.	3½	89 bez.	Schlesisch. do.	3½	96⅝ G.
Seeh. Präm. s.	—		v. B. v. St. gar.	3½	
K. u. N. Schld.	3½	87 bez.	Wstp. Pfandb.	3½	94 B.
Brl. St.-Obl.	5	104½ bez.	Pr. Rentenbrf.	4	98½ a 100 bz. G.
do. do.	3½	88½ B.	P. B. Anth. sch.	—	98 a ½ bez. B.
K. u. Nm. Pfdb	3½	97½ bez.	C.-B. Bk.-Act.	—	107 B.
Ostpreuß. do.	3½	93⅞ G.	F. Glom. à 5 t.	—	109⅝ bez.

Ausländische Fonds.

	Zf.			Zf.	
Rss. Engl. Anl.	5	112½ B. 112 G.	P. Bk.-C. L. A.	5	96 B.
do. do. do.	4½	101⅞ B.	do. do. L. B.	—	20½ G.
do. bei Stieg.	4	93½ bez.	Lüb. St.-Anl.	4½	101½ G.
d. v. Schatzobl.	4	83 bez.	Kurh. P. 40 th.	—	32½ G.
Poln. Pfandb.	4	95½ B.	N. Bad. A. 35 fl.	—	20⅞ G.
P. P.-O. 500 fl.	4	85 B.	Dess. B.-A. L. A	4	143½ B.
do. à 300 fl.	—	150 bez.	do. do. L. B.	4	124 G.

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Aach.-Düsseld.	4	84½ G.	Mgb.-Hlb. Pr.	4	99 G.
Berg.-Märk.	4	36½ bez. B.	Mgdb.-Wittb.	4	63⅞ bez.
do. Prior.	5	101½ B.	do. Prior.	5	103½ G.
Brl. Anh. A. B	4	111⅞ a ½ bez.	Mecklenburg.	4	33⅞ a 33 b. u. B
do. Prior.	4	99½ bez.	N.-Schl. Mrk.	3½	93½ a ⅝ bez.
Berl.-Hamb.	4	100½ a 100 b. B	do. Prior.	4	98⅞ G.
do. Prior.	4½	103 B.	do. do.	4½	101½ bez.
do. 2. Em.	4½	102 bez.	do. 3. Ser.	5	101 bez. u. B.
Brl. P. Mgdb.	4	74½ a 74 bez.	do. 4. Ser.	5	103½ bez.
do. Prior.	4	97⅞ B.	do. do. Zwgb.	4	
do. do.	5	102½ G.	Oberschl. L. A.	3½	133⅞ a 133 bez.
do. L. D.	4½	100½ B.	do. L. B.	3½	120½ B. 120 G.
Berl.-Stettin	4	126⅞ a ½ bez	do. Prior.	4	
do. Prior.	4½	103½ B.	Prz. W., St. B	4	32 B.
Bresl.-Freib.	4		do. Prior.	5	100 B.
Cöth.-Bernb.	2½	56 G.	do. 2. Ser.	5	95 B.
Cöln-Minden	3½	107½ a 106⅞ bez.	Rheinische . .	4	65⅞ a ½ bez.
do. Prior.	4½	102⅞ G.	do. St.-Prior.	4	85 B.
do. do.	5	103⅞ B.	do. Prior.	4	93½ G.
Crac.-Ob. schl.	4	81⅞ G.	do. v. St. gar.	3½	
do. Prior.	4		Ruhr. C. K. G.	3½	83½ G.
Düssld. Elbrf.	4	96 B.	do. Prior.	4½	
do. Prior.	4	93½ G.	Starg.-Posen	3½	86½ bez. u. B.
do. do.	5	103½ B.	Thüringer . .	4	75⅞ a ½ bez.
F.-W. Nordb.	4	38⅝ a 37⅞ bez.	do. Prior.	4½	102½ bez. u. B.
do. Prior.	5	99½ B.	Wilhelmsbhn.	4	87 a 88 a 87½ bez.
Kiel-Altona	4	106 G.	do. Prior.	5	
Mgdb. Hlbrst.	4	150½ G.	Zarskoje-Sel.	—	

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz.	143½ B.
do.	250 Fl.	2 Mt.	143 bez.
Hamburg	300 Mk.	kurz.	151½ G.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150½ G.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 23 G.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	80½ G.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	81⅛ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	101⅞ bez.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99½ G.
Leipzig in Cour. in 14-Thl.-F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ G.
do.	100 Fl.	2 Mt.	99½ bez.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 16 bez.
Petersburg	100 SR.	3 W.	106 G.

Das Geschäft beschränkte sich heute fast ausschließlich auf die Bedürfnisse der Liquidation, welche die Course fest und zum Theil etwas höher als gestern erhielten.

Marktpreise von Getreide.

Berlin, den 29. Januar 1852.

Zu Lande: Weizen 2 Rt. 25 Sgr., auch 2 Rt. 23 Sgr. 2 Pf.; Roggen 2 Rt. 17 Sgr. 6 Pf., auch 2 Rt. 14 Sgr. 5 Pf.; Große Gerste 1 Rt. 23 Sgr. 9 Pf., auch 1 Rt. 33 Sgr. 2 Pf.; Kleine Gerste 1 Rt. 19 Sgr. 5 Pf.; Hafer 1 Rt. 7 Sgr. 6 Pf., auch 1 Rt. 2 Sgr. 9 Pf.; Erbsen —.

Zu Wasser: Weizen 2 Rt. 28 Sgr. 9 Pf., auch 2 Rt. 24 Sgr. 5 Pf.; Roggen 2 Rt. 18 Sgr. 9 Pf., auch 2 Rt. 16 Sgr. 3 Pf.; Große Gerste 1 Rt. 22 Sgr. 6 Pf., auch 1 Rt. 20 Sgr.; Kleine Gerste —; Hafer 1 Rt. 5 Sgr., auch 1 Rt. 3 Sgr. Pf.; Erbsen 2 Rt. 5 Sgr., auch 2 Rt. 2 Sgr. 6 Pf.

Den 28. Januar.

Das Schock Stroh 7 Rt. 15 Sgr., auch 6 Rt. 17½ Sgr. Der Ctr. Heu 22 Sgr. 6 Pf., geringere Sorte auch 20 Sgr.

Kartoffel-Preise.

Der Scheffel Kartoffeln 1 Rt., auch 20 Sgr., metzenweise 2 Sgr., auch 1 Sgr. 3 Pf.

Branntwein-Preise.

Die Preise von Kartoffel-Spiritus frei in's Haus geliefert waren: am 23. Januar 28 a 27⅞ Rt., am 24. Januar 27½ Rt., am 26. Januar 24½ Rt., am 27. Januar 27½ a 28 Rt., am 28. Janaur 28½ Rt., am 29. Januar 28 Rt. pr. 10,800 % nach Tralles.

Berlin, den 29. Januar 1852.
Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 30. Januar. Silber-Anlehen —. 5% Metall. 94½. 4½% Metall. 83⅞. Bank-Actien 1202. Nordbahn 152⅞. — 1839r Loose 116⅞. Lombardische Anleihe 97⅞. London 12,23. Augsburg 124⅞. Hamburg 183⅞. Amsterdam 174½. Paris 147. Gold 30½. Silber 24. Für Valuten und Contanten zeigte sich Bedarf.

Frankfurt a. M., den 30. Januar. Nordbahn 39. 4½% Metall. 67. 5% Metall. 75½. Bank-Actien 1190. — 1834r Loose 180. 1839r Loose 95. Spanische 3% 38½. do. 5% 18 3/16. Badische Loose 37. Kurhessische Loose 32½. Lombarden 78½. London 120½. Paris 95. Wien 96½. Amsterdam 101½.

Hamburg, den 30. Januar. Berlin-Hamburg 98½. — Magdeburg-Wittenberge 63. Kieler 104⅞. Spanier 35⅞. Russisch-Englische 4½% Anleihe —. Sardinier —. Mecklenburger 32. Sämmtlich G. London lang 13 Mk. 5½ ß, London kurz 13 Mk. 7 ß. Amsterdam 35,55. Wien 187. Disconto —. Weizen sehr fest. Roggen 100 Königsberger Einiges erlassen, 99 geboten. Oel pr. Februar 19, pr. Mai 19⅞, pr. Oct. 20⅞.

Paris, 30. Januar. 3% Rente 65,50. 5% 103,50.

London, 29. Januar. Consols 96½ a ⅝. Das fällige Dampfschiff aus Newyork ist eingetroffen.

(Telegraphisches Correspondenz-Bureau.)

Auswärtige Börsen.

Breslau, den 30. Januar. Poln. Papiergeld 95 5/12 G. Oester. Banknoten 81⅞ G. Breslau-Schweidnitz-Freiburg 78 B. Oberschlesische Lit. A. 133½ B. do. Lit. B. 120 B. — Krakau-Oberschlesische 82 B. Prior. —. Niederschlesisch-Märkische 93½ B. Cosel-Oderberg —. Neisse-Brieg 56½ G. — Cöln-Minden —. Sächsisch-Schlesische —. Fr.-W.-Nordbahn 37⅞ B. —

Leipzig, den 30. Januar. Leipzig-Dresden 155 B., 154½ G. Sächsisch-Baierische 88⅞ B., 88½ G. Sächsisch-Schlesische 101 B., 100⅞ G. Löbau-Zittau 27½ B. Magdeburg-Leipziger 236½ B. Berlin-Anhalter 111½ B., 111½ G. Berlin-Stettiner —. Cöln-Mindener 106½ G. Thüringer 76½ B., 76 G. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 37⅞ G. Altona-Kieler 106½ G. Anhalt-Deßauer Landesbank Lit. A. 142½ B. do. Lit. B. 123⅞ G. Preuß. Bankantheile —. Oester. Banknoten 82⅞ B., 82½ G.

Paris, 29. Januar. Das Gerücht der Vertagung der Orleans'schen Güter-Confiscation gewann durch einen Artikel des „Constitutionell" mehr Consistenz und bewirkten eine Steigerung der Course, die sich indeß nicht behauptete, da es hieß, es wäre den anderen Zeitungen untersagt, denselben nachzudrucken und die Engl. Journale lauteten sehr kriegerisch, so wie England überhaupt seine Vertheidigungsmaßregeln sehr lebhaft betriebe. 3% Rente p. C. 65,25; und p. ult. 65,15. 5% Rente p. C. 102,90, p. ult. 102,80. Bank-Actien 2650. Spanische 37½. Nordbahn 558⅞.

Markt-Berichte.

Berliner Getreidebericht vom 31. Januar. Weizen loco n. Q. 64 — 69 Rt. Roggen loco n. Q. 61 — 64 Rt. 82 Wsp. pr. Frühjahr 61½ Rt. bz. u. B. 61 Rt. G. pr. Januar 61 Rt. B. u. G. Erbsen, Kochwaare, 48 — 56 Rt. Erbsen, Futterwaare, 48 — 56 Rt. Hafer loco n. Q. 27 — 28 Rt. Gerste, große, loco n. Q. 38 — 41 Rt. Rüb-Oel loco 10 Rt. B. 9⅞ Rt. G. pr. Januar-Februar 10 Rt. B. 9⅞ Rt. G. pr. Februar-März 10 Rt. bz. u. B. 9 11/12 Rt. G. pr. März-April 10½ a ⅞ Rt. B. 10 Rt. G. pr. April-Mai 10½ Rt. B. Lein-Oel loco 12⅞ Rt. B. pr. April-Mai —. Rapps 64 a 67 Rt. B. Rübsen 64 a 67 Rt. B. Spiritus loco ohne Faß 27½ Rt. bz., mit Faß —. pr. Januar-Februar 27 a 26⅞ Rt. bz. u. B. 26½ Rt. G. pr. April-Mai 29 a 28⅞ Rt. bz. u. B. 28½ Rt. G.
Sämmtliche Artikel in matter Haltung.

Stettin, 30. Januar. Weizen ohne Umsatz.
Roggen stille, zur Stelle 82 Wsp. —, pr. Februar 82 Wsp. 60 Rt. bezahlt u. B., pr. Februar — März —, pr. März — April —, pr. Frühjahr 82 Wsp. 61½ a 61 Rt. bez. u. G, pr. Mai — Juni 63 Rt. bez. u. B, und pr. Juni — Juli 63 Rt. B., 62½ Rt. bez.
Gerste große pomm. 75 Wsp. pr. Frühjahr 41½ Rt. bez.
Hafer 52 Wsp. pr. Frühjahr 29 Rt. B., pr. Frühjahr 50 Wsp. 28 Rt. bez.
Rüböl behauptet, zur Stelle 10 Rt. G, pr. Januar — Februar —, pr. Februar — März 10 1/12 Rt. bez. u. B., pr. März — April 10 1/12 Rt. bez. u. B., pr. April und pr. April — Mai 10½ Rt. B., pr. Mai — Juni —, pr. Juni — Juli —, pr. September — October 10 1/12 Rt. B.
Spiritus matter, am Landmarkt ohne Faß 13 % bez., loco ohne und mit Faß 13 % bez., pr. Februar 13 % bez., pr. Februar — März mit Faß —, pr. März — April mit Faß —, pr. Frühjahr mit Faß 12½ % B., 12½ a 12⅝ % bez., 12⅝ % G., pr. Juni — Juli —.
Zink pr. Frühjahr 4⅞ Rt. B.
Kleine Koch-Erbsen pr. Frühjahr 53 a 52½ Rt. B., do. große 55 a 54 Rt.
Von Oelsaaten nichts gehandelt.
Rappkuchen pr. Frühjahr 1½ Rt. nominell.
Rüböl in Folge des Frostes etwas fester, pr. Januar — Februar 10 1/12 Rt., pr. März — April 10⅛ Rt., pr. April — Mai 10½ Rt. bez., pr. Sept. — Oct 10⅞ Rt. B., 10 5/12 G. — Leinöl loco und pr. Frühjahr 11½ Rt.
Am Landmarkt: Weizen 60 a 63, Roggen 54 a 58, Gerste 36 a 38, Hafer 22 a 24, Erbsen 46 a 48 Rt.
In Säe-Leinsaamen fand ein ziemlich lebhaftes Geschäft zu besseren Preisen statt, und scheint eine fernere Erhöhung nicht unwahrscheinlich, da aus dem Inlande zahlreiche Aufträge zu erwarten sind, und fernere Zufuhren von Riga nicht in Aussicht stehen. Pernauer wurde bis 11⅞ Rt., Rigaer bis 11½ Rt. und Memeler je nach den Marken von 7⅞ a 8 Rt. bez.

Breslau, 30. Januar. Bei gutem Verkehr bedang weißer Weizen 63 — 75 Sgr., gelber 62 — 75 Sgr., erstuisite Sorten 1 — 1½ Sgr. höher, Roggen 60 — 69 Sgr., Gerste 40 — 48 Sgr., Hafer 27 — 32 Sgr., und Erbsen 58 — 63 Sgr. Kleesaat weiße etwas ruhiger und eher etwas billiger, es bedang weiße 8—13½ Rt., und rothe von 11 — 17 Rt., erquisite Sorten ⅞ — 1 Rt. höher.
Spiritus 13 Rt. zu lassen, in Partieen 12 11/12 Rt. G. — Rüböl 9⅞ Rt. B. Zink ohne Geschäft.

Magdeburg, 30. Januar. Weizen 56 a 60½ Rt. Roggen 58 a 61 Rt. Gerste 37 a 41 Rt. Hafer 22 a 25 Rt. Spiritus loco 37½ a 38 Rt. pr. 14,400 % Tralles.

Amsterdam, 28. Januar. Weizen sehr preishaltend, im Entr. 127 Wsp. rhein 267 Fl., in Cons. 133 Wsp. neu. geldern. 280 Fl., 132 Wsp. neu. roth süd-holl. 270 Fl. Roggen in Partien etwas niedriger, im Entr. 121—122 Wsp. preuß. 220 a 223 Fl., in Cons. 122 Wsp. preuß. 225 Fl. Gerste preishaltend, 114 Wsp. jähr. dän. 180 Fl.
Kohlsaamen unverändert, auf 9 Faß gleich — L., pr. April 52 L., pr. Septbr. —, pr. October und pr. November 54 L. Leinsaamen preishaltend, 111 Wsp. petersb. 275 Fl. Rüböl gleich und auf Lieferung nicht williger, auf 6 Wochen 30½ Fl., effect. 29½ Fl., pr. Mai 30 a 29⅞ Fl., pr. September 31 Fl., pr. October 31½ a 31 a ½ Fl., pr. November und pr. December 31½ a 31⅛ Fl. Leinöl auf 6 Wochen 30½ Fl., effect. 29½ Fl. Hanföl auf 6 Wochen 35½ Fl., effect. 34½ Fl. Rübkuchen 56 a 60 Fl. Leinkuchen 8½ a 11 Fl.

Eisenbahn-Anzeiger.

Berlin-Hamburg.

December-Einnahme	112,900 Rt. — Sgr. — Pf.	
bis Ende November . . .	1,293,676 Rt. 3 Sgr. 4 Pf.	
in Summa ca.	1,406,576 Rt. 3 Sgr. 4 Pf.,	
excl. der extraord. Einnahmen;		
im Jahre 1850 excl. d. Zölle	1,272,271 Rt. 23 Sgr. — Pf.	
also 1851 mehr	134,304 Rt. 10 Sgr. 4 Pf.,	

aber incl. der Zölle und excl. der extraord. Einnahmen.

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn. October-Einnahme: 24,477 Rt. 28 Sgr. gegen 1850 18,690 Rt., also 1851 mehr 5787 Rt. 28 Sgr.

November-Einnahme: 21,839 Rt. 22 Sgr. 1 Pf., gegen 1850 20,501 Rt. 28 Sgr. 1 Pf., also 1851 mehr 1337 Rt. 24 Sgr.

Total-Einnahme bis Ende November 1851: 235,090 Rt. 3 Sgr. 4 Pf. gegen 1850: 184,941 Rt. 18 Sgr. 10 Pf., also 1851 mehr 50,148 Rt. 14 Sgr. 6 Pf.

Barometer- und Thermometerstand bei Petitpierre.

	Barometer.	Thermometer.
Am 30. Januar Abds. 9 U.	27 Zoll 11 6/10 Linien	+ 1½ Gr.
Am 31. Januar Morg. 7 U.	28 Zoll 6/10 Linien	+ 1 Gr.
Mittags ½12 U.	28 Zoll 1 3/10 Linien	+ 4½ Gr.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.
Druck und Verlag von C. G. Brandis in Berlin, Dessauerstr. 5.